Deutsche Rundschau
in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld vierteljährlich 14,00 Zł., monatl. 4,80 Zł. In den Ausgabestellen monatl. 4,50 Zł. Bei Postbezug vierteljährl. 16,08 Zł., monatl. 5,36 Zł. Unter Streifband in Polen monatl. 8 Zł., Danzig 3 Gld. Deutschland 2,50 R.-Mk. — **Einzelnummer 25 Gr., Sonntags 30 Gr.** Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung usw.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.
Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die 30 mm breite Kolonelzeile 30 Groschen, die 90 mm breite Reklamezeile 250 Grosch. Danzig 20 bz. 150 Dz. Pf. Deutschland 20 bzw. 150 Goldpfg., übriges Ausland 100 %, Aufschlag. — Bei Platzvorschrift und schwierigem Satz 50 %, Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 Groschen. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.
Postscheckkonten: Posen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 34. Bromberg, Sonnabend den 11. Februar 1928. 52. Jahrg.

Papst und Regierungsblock.

(Von unserem Warschauer Berichterstatter.)

Motto: „Hier geht es nur um Politik
Und Katholik steht wider Katholik.“

Warschau, 10. Februar. Fürst Janusz Radziwill hat in den konservativen Blättern: „Czas“ (Krakau), „Dzień Polski“ (Warschau) und im „Słowo“ (Wilna) eine Erklärung veröffentlicht, die wir schon gestern im Auszuge wiedergeben konnten. Mit Rücksicht darauf, daß ihr eine über die polnischen Wahlkampfmethoden weit hinausragende, allgemein politische Bedeutung beizumessen ist, lassen wir diese Erklärung nachstehend im Wortlaut folgen:

„In Anbetracht der unaufhörlichen Vorwürfe, die von einigen Presseorganen, insbesondere von der „Warszawianka“, von der „Rzeczpospolita“ und vor allem vom „Polak — Katolik“ gegen die Liste des Unparteilichen Blocks Nr. 1 erhoben werden, Vorwürfe, die so weit gingen, daß das letztgenannte Organ in seiner Nr. 25 behauptet, **der katholische Wähler würde eine Sünde begehen, sollte er für diese Liste stimmen,** sehe ich mich verpflichtet, folgende Erklärung abzugeben:

„1. Meine Einwilligung zur Aufstellung meiner Kandidatur im Kreise 57 (Luck-Równo) auf der Liste Nr. 1 habe ich von dem Standpunkte abhängig gemacht, den gegenüber dieser Liste der zuständige Bischof einnehmen werde. Auf eine betreffende Anfrage erhielt ich folgende Antwort des Bischofs Szelążek: **„Ich ermächtige nicht nur, sondern ich bitte um die Aufstellung Ihrer Kandidatur auf der Liste Nr. 1.“** Ich erwähne dabei, daß die Zusammensetzung der Liste dem Bischof bekannt war.

„2. Während ich die politische Aktion betrieb, die schließlich zur Bildung iner die Regierung des Marschalls Pilsudski unzweideutig unterstützenden Liste geführt hat, **wurde ich im laufenden Monat zweimal zu dieser Arbeit persönlich durch die höchste kirchliche Autorität angespornt, und zwar durch Vermittlung angesehener Personen, welche das Glück hatten, zu dieser Zeit eine Privataudienz beim Papst Pius dem XI. zu erlangen, wobei Worte ausdrücklicher Verurteilung der Versuche fielen, den die Regierung unterstützenden Block durch Mißbrauch des Hirtenbriefes der polnischen Bischöfe zu zerschlagen.**

„3. Entgegen den absichtlich verbreiteten Gerüchten, daß ich das Mandat im Kreise 57 nicht annehmen werde, erkläre ich kategorisch, daß ich im Falle meiner Wahl in den Sejm im Kreise 57 dieses Mandat annehmen und eventuell auf das Mandat aus der Staatsliste verzichten würde.

„Die Beurteilung der Methoden, welche im Wahlkampf gegen die Liste Nr. 1, insbesondere der Methoden, die vom Blatte „Polak — Katolik“ angewendet werden, überlasse ich dem Leser der vorliegenden Erklärung.“

Diese Erklärung kommt der Regierungspresse sehr gelegen. Die **„Epoka“** sieht in ihr einen Beweis dafür, „daß der Papst, der unsere Verhältnisse vortrefflich kennt, die Bildung der die Regierung des Marschalls Pilsudski unterstützenden Liste für nützlich erachtet und den treuen Katholiken, den Marschall des ersten gesamtpolnischen katholischen Kongresses in Warschau, den Fürsten Janusz Radziwill zur aktiven Teilnahme am Pro-Regierungsblock angespornt hat. Einer solchen Unterstützung durch die höchste kirchliche Autorität kann sich keine Liste rühmen, nicht einmal die Listen, die eigenmächtig die Bezeichnung katholischer Listen angenommen haben.“

Auch der **„Glos Prawdy“** jubelt, und zwar in wesentlich derberer Tonart, die diesem Blatte eigen ist. Nach diesem Blatte „hat der Vatikan schon seit langer Zeit einen Stützpunkt (in Polen) bei der Nationaldemokratie aufgegeben. . . . Die Nationaldemokratie wird nicht imstande sein, diese empfindlichste Niederlage zu verhüllen.“ Das Blatt der radikalen „Peowiaken“ fühlt sich in Anbetracht solcher Begleitumstände von seiner päpstlichen Gesinnung immer mächtiger ergriffen und bringt daher einen sehr schönen Artikel zu der auf den 12. d. M. fallenden Feier des Jahrestages der Krönung Pius XI. Der Verfasser des Artikels weiß, daß der Papst ein persönlicher Freund des Marschalls Pilsudski ist; er weiß aber noch mehr: seit den Tagen von 1920, da der Papst als Nuntius Achilles Ratti in dem von den Bolschewisten bedrohten Warschau weilte, **„ist Achilles Ratti ein geistiger Bürger und ein Sohn Polens geworden und als solcher fühlt er sich ungeheuchelt bis zum heutigen Tage.“** Die öffentliche Meinung in Rom nennt den jetzigen Papst: „Il Papa polacco“. Die Fürsorge des Papstes für Polen äußert sich darin, „daß er hervorragende Persönlichkeiten oft entgegen verschiedenen personal-diplomatischen Situationen zu leitenden Stellungen in der Kirche (Polens) beruft. Davon zeugt die für Polen so wertvolle und in kirchlichen Verhältnissen noch nie gehörte rasche Erhebung des Geistlichen August Hlond zur Würde eines Kardinals und Primas von Polen.

Es geht nicht an, Pius XI. mit dem bei uns populären Begriff eines Sanators zu bezeichnen — meint der kirchenpolitische Gewährsmann des „Glos Prawdy“ — denn es könnte vielleicht schlecht verstanden werden, **aber seine** (des Papstes) **Schachzüge tragen ausdrücklich den Charakter der Sanierung der kirchlichen Verhältnisse in Polen.“** . . .

Die nationaldemokratische **„Gazeta Warszawska“** macht zu der sensationellen Erklärung des Fürsten Janusz Radziwill eine saure Miene, die der Lage, in welche die angeblich erzkatholische Nationaldemokratie dadurch geraten ist, übrigens vollkommen entspricht. Was ist da zu sagen? Es bleibt dem Blatte der einst mächtigen Partei die „Gott und Vaterland“ in Pacht hielt, nichts anderes übrig, als darüber zu klagen, daß „die Oberste Autorität der katholischen Kirche, und zwar der Papst Pius XI. selbst in polnische Parteiangelegenheiten unzweifelhaft gegen dessen Wissen und Willen vom Fürsten Radziwill hineingezogen wurde.“

Der politische Mentor eines Teils des konservativen Lagers, Stroński, hält in der **„Warszawianka“** dem Fürsten Radziwill wegen seines „unüberlegten“ Schrittes eine äußerst strenge Strafpredigt. Er hält dem Fürsten das Unerhörte vor, daß „seine Erklärung über den Standpunkt des Papstes zu den polnischen Wahlen nicht mit der Unterschrift des Kardinal-Staatssekretärs, sondern mit der des Fürsten Janusz Radziwill erschienen ist, der sich noch dazu auf dritte und nicht genannte Personen beruft. . . .“ Und ruft schließlich schmerzlich aus: — **„Es hat, so lange die Apostolische Residenz als solche besteht, noch kein derartiges Eingreifen des Papstes in die Wahlen irgendeines Landes zugunsten einer Liste gegeben, und es gab auch, so lange der Vatikan Vatikan ist, keine solche Art, Erklärungen des Papstes zur Kenntnis zu bringen.“**

Katholik steht also wider Katholik, wo es sich um Politik handelt. Dem wahrhaft Gläubigen ist dabei sicher nicht recht wohl. **Und der deutsche Katholik in Polen ist dankbar, daß ihn die Existenz der Liste 18 jeder Wahlzweifel überhebt. In Oberschlesien sind sämtliche Spitzenkandidaten (darunter ein Geistlicher) auf der deutschen Liste katholisch; im ehemals preußischen Teilgebiet sind es die aussichtsreichen Spitzenkandidaten im äußersten Norden (Tatulinski) und im äußersten Süden (Koenigk).**

Die betrübten Lohgerber.

Über die Wahlwirren in Pommerellen klagt der „Kurjer Poznański“ in folgender Notiz:

„Die Aktion zur Zersplitterung des Volkes hat auch Pommerellen ergriffen. In den hiesigen Bezirken stehen in Konkurrenz außer dem Katholisch-Nationalen Komitee, der Block der Christlich-Demokraten und des Piast, letzterer geleitet von dem berüchtigten Kulerski, die Wirtschaftliche Union, geführt von dem durch seine zersetzende Tätigkeit nicht minder bekannten Grobel, die NPR, die PPS, die radikalen Sanierungsgruppen und außerdem noch sieben oder acht lokale Listen.

Vorteile aus der Zersplitterung der Bevölkerung werden nur die Deutschen ziehen. Im Gegensatz zur polnischen Bevölkerung sind die Deutschen ausgezeichnet organisiert (der Deutschtumsbund ist aufgelöst! D. R.); bei ihnen herrscht Zucht und Gehorsam, sie haben viel Geld (möchte es nur so sein! D. R.), interessieren sich lebhaft für die Wahlen, was sich schon bei der Einsicht der ausgelegten Wählerlisten gezeigt hat. Und was noch schlimmer ist: die Deutschen bemühen sich sogar um polnische Stimmen (?). In der Kassubei haben sie sogar den Anton Tatalinski (einen deutschen Lehrer! D. R.) auf ihre Liste gesetzt. Es besteht auch die Befürchtung, daß die Gutsbevölkerung auf den deutschen Gütern hier und da für die Minderheitenliste stimmen wird.

Unter diesen Umständen können die Deutschen im Graudenzer Bezirk zwei Mandate erlangen. (So optimistisch sind wir nicht veranlagt. D. R.) Jedermann wird verstehen, welche fatalen Folgen dies haben müßte für die Beurteilung des Charakters der pommerellischen Erde, um die die Deutschen vor dem internationalen Forum kämpfen.

Die Gefahr ist so groß, daß heute schon selbst unter den Zerstörern der Einheitsfront die ersten Zeichen der Ernüchterung zu sehen sind. Der „Goniec Nadwiślański“, das Organ des Mittelstandes des Herrn Grobel, beginnt schon die Hände zu ringen über die Lage in Pommerellen, obgleich gerade Herr G. schon vor den Maiereignissen die Wirren begonnen hat. . . . Herrn Grobel unterstützt die Sanierung nach Kräften. Das System der Sanierung (nun, es wird wohl das System des „Kurjer Poznański“ gewesen sein! D. R.) hat hier ungeheuren Schaden angerichtet, der sich im ganzen Staate (?) bemerkbar macht, da Pommerellen sein wertvollstes und wichtigstes Teilstück ist. Vergebens schlägt jetzt der „Goniec Nadwiślański“ Alarm, und vergebens weist er auf die deutsche Gefahr hin.“

Zum Schluß tröstet sich der „Kurjer“ wie folgt: „Man darf jedoch den Mut nicht sinken lassen. Das Katholisch-nationale Komitee entwickelt eine energische Tätigkeit, um unter seiner Fahne alle nationalen Elemente zu sammeln, und das pommerellische Volk wendet sich von den Zerstörern und den Wirrenstiftern ab.“

„Obs a Waber ist?“ sagt der Schlesier. Nun, man wirds ja bei den Wahlen sehen. Einstweilen sind die Lohgerber trotz der schüchternen Schlußfanfare recht betrübt, da ihnen offensichtlich die Felle in Massen wegschwimmen. **Wir Deutschen haben nur eine Pflicht: jeder Mann und jede Frau muß an die Wahlurne heran und die Stimme für die Liste 18 abgeben!**

*

Ueberraschungen in Pommerellen?

Thorn, 10. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Die Wahlsituation in Pommerellen ist mit Rücksicht darauf, daß sich die polnischen Organisationen gespalten und in jedem der drei Wahlbezirke verschiedene Kandidatenlisten aufgestellt haben, noch nicht geklärt. **Man rechnet jedoch schon heute mit großen Überraschungen.**

Am wenigsten kristallisiert ist die Lage bei der Christlichen Demokratie, deren Anhänger einerseits die Katholische Union der Westgebiete (Regierungspartei), andererseits den Polnisch-Katholischen Block (Wahlbündnis der Christlichen Demokratie mit den Piasten) unterstützen. In der letzten Vertrauensmänner-Sitzung der Christlichen Demokratie sprach sich die Mehrheit für die Unterstützung der Katholischen Union aus, was im Widerspruch zu dem Standpunkt der obersten Behörden der Christlichen Demokratie steht. Von einem Zusammengehen der Christlich-Demokraten mit den Nationaldemokraten nach dem Beispiel Warschaus ist in Pommerellen keine Rede, dagegen läßt sich hier eine **Zusammenarbeit zwischen den Nationaldemokraten und der NPR-Rechte beobachten.** Es ist nicht ausgeschlossen, daß sich im Zusammenhange mit dieser Zusammenarbeit die Liste Nr. 7 (NPR) und 24 (ND) gegenseitig dadurch die Arbeit erleichtern werden, daß einzelne Listen aus dem Bezirk herausgezogen werden.

*

Merkwürdige Kombinationen.

Man kann so, — man kann aber auch anders!

Lemberg, 10. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Die Zeitungen veröffentlichen eine Erklärung des Sekretariats des (nationaldemokratischen) Katholisch-nationalen Blocks, in der die Gründe angegeben werden, die in einigen Orten Galiziens zu einem Block mit den Piasten geführt haben. Aus dieser Erklärung geht hervor, **daß in den Westgebieten die Piasten im Block mit der Christlichen Demokratie gegen die Nationaldemokratie zusammengehen, daß sich aber in Ostgalizien die Piasten mit der Nationaldemokratie gegen die Christliche Demokratie vereinigt hätten,** die dort mit dem Regierungsblock zusammenarbeitet. Im Wahlbezirk Rzeszow haben sich die **Christlichdemokraten mit den Nationaldemokraten gegen die Piasten** zu einem Block vereinigt.

Das nennt man noch Gesinnungstüchtigkeit!

*

Sonderbare Flugblätter.

Warschau, 9. Februar. In der Hauptstadt wurden in der letzten Zeit eine größere Anzahl von Flugblättern verteilt, in denen gegen die Ungültigkeitserklärung der kommunistischen Liste Nr. 13 protestiert wird. Die Liste Nr. 13 ist tatsächlich nicht für ungültig erklärt worden, es ist daher anzunehmen, daß die Flugblätter schon vorher in dem Glauben vorbereitet worden waren, daß die kommunistische Liste abgelehnt werden wird.

Massenverhaftungen im Wilna-Gebiet.

Warschau, 9. Februar. Im Zusammenhange mit dem bevorstehenden Prozeß gegen die Mitglieder der weißrussischen „Hromada“ entwickeln, wie der „Kurjer Poranny“ meldet, sämtliche kommunistischen Organisationen im Wilna-Gebiet, die ihre Zentrale in Minsk haben, eine intensive Tätigkeit, die durch die Regierung „Sowjet-Weißrußlands“ durch die G. P. U. usw. unterstützt wird. Gleichzeitig wurde festgestellt, daß diese Aktion auch mit der Wahlpropaganda im Zusammenhange steht. Seit einigen Tagen sind nun die Sicherheitsbehörden an die Liquidierung dieser Organisationen herangetreten. Außer den bis jetzt durchgeführten Verhaftungen wurden auch weitere Schritte gegen die Überbleibsel der weißrussischen „Hromada“ eingeleitet, deren Mitglieder sich jetzt um die sogenannte weißrussische Bauern- und Arbeitereinheit gruppieren. In Głęboki wurde der Leiter der weißrussischen Genossenschaftsbank Jarkawiec verhaftet. Festgenommen wurden ferner drei Mitglieder der Bauern- und Arbeitereinheit, die in der letzten Zeit an der Spitze des Wahlkomitees ihrer Partei standen und sich kommunistisch betätigt haben sollen. In Wilna wurden drei Mitglieder der weißrussischen Bauernpartei verhaftet, die in der vorigen Aktion der Hromada hervorragend Anteil genommen hatten. Außerdem wurde der Sekretär des weißrussischen Vereins Karp sowie das ehemalige Mitglied der „Hromada“ Reszetow hinter Schloß und Riegel gebracht.

Drei Deutsche bei Włocławek ermordet

Warschau, 10. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) **Die Kolonie Ryszewek, fünf Kilometer von Lipno, nördlich von Włocławek gelegen, war gestern der Schauplatz eines fürchterlichen Verbrechens, dem der deutsche Kolonist Julius Wall, seine Köchin und sein Dienstmädchen zum Opfer fielen. In der Küche wurde die schrecklich massakrierte Leiche der 65 Jahre alten Köchin Wilhelmine Winter gefunden, im Hof fand man die an einem Balken aufgehängte Leiche des 25 Jahre alten Dienstmädchens Grete Bethke und im Korridor hing die Leiche des Wohnungsinhabers Julius Wall.**

Nach den bisherigen Feststellungen wurde die Bluttat am gestrigen Abend verübt, was daraus geschlossen wird, daß die Lampe in der Wohnung noch brannte. Die Banditen raubten nach den bisherigen Ermittelungen ein Paar Stiefel und 40 zł Geld. Ein Beutel mit einem größeren Geldinhalt, der im Bett versteckt war, blieb unberührt. Bis jetzt wurden vier Personen verhaftet, die verdächtig sind, den Mord verübt bzw. sich daran beteiligt zu haben.

Die unterdrückte Mehrheit.

205 000 Deutsche — 47 000 Italiener in Südtirol!

„Giornale d'Italia“ meldet aus Bozen, daß die Ende des Jahres dort vorgenommene Volkszählung folgendes Ergebnis hat: von 253 000 Einwohnern waren 47 000 Italiener, während 205 300 sich als Deutsche ihrer Muttersprache bedienten.

*

Erinnerung an Trianon.

Unter Führung des früheren Abgeordneten Dr. Urmanczy hat sich in Ofenpest ein Komitee gebildet zur Errichtung eines Denkmals auf dem Freiheitsplatze. Der Entwurf stellt eine mit dem ungarischen Wappen geschmückte Rednerkanzel dar, aus der eine Fahnenstange ragt, an deren rückwärtigem Teil ständig eine Trauerfahne gehißt werden soll, um jeden Ungarn an Trianon und den Integritätsgedanken zu erinnern.

Wirtschaft und Wahlen.

Es ist kein gewollter Zusammenhang, in den diese beiden gegenwärtig hochwichtigen Momente des staatlichen Daseins der polnischen Republik gebracht werden sollen. Denn wir haben gerade in den letzten Tagen mehrfach Beispiele dafür gehabt, wie mannigfach die Wechselbeziehungen sind, die es zwischen Wirtschafts- und Wahlpolitik geben kann.

Halboffizielle und angeblich gut informierte Nachrichtenbureaus verbreiteten in den letzten Wochen mehrfach Meldungen, daß eine Reihe von schwebenden Fragen in den deutsch-polnischen Verhandlungen erst nach den Wahlen erledigt werden sollten, da man sich in Regierungskreisen durch die Regelung vor den Wahlen nicht eine Blöße nach der einen oder der anderen Seite geben wollte. Besondere Beachtung verdienen dabei zwei Punkte: die Regelung der **Zollvalorisierung** und die Ausführungsbestimmungen zu der **Verordnung über die Grenzen des Staates.** Gerade diese beiden Fragen aber haben für die deutsch-polnischen Verhandlungen eine derart große Bedeutung, daß der Aufschub ihrer Erledigung einen Aufschub der Wirtschaftsverhandlungen überhaupt bedeuten würde. Diese Wirkung wurde von der deutschen Delegation auch ausdrücklich hervorgehoben. Der Aufschub der Verhandlungen hätte nun an sich wieder eine unvorteilhafte Propaganda für die Wirtschaftspolitik der jetzigen polnischen Regierung — die doch bei den Wahlen um jeden Preis Sieger werden will — bedeutet, und man zog es daher vor, eine Regelung der Zollvalorisierung und der Niederlassungsfrage in dem Grenzbezirk schon jetzt vorzunehmen.

Die Bestimmungen über die Grenzen des Staates — durch die bekanntlich das Niederlassungsrecht für Reichsdeutsche in dem größten Teil des ehemals preußischen Teilgebietes aufgehoben wurde — sind denn auch in einer Weise modifiziert worden, die zwar an Klarheit noch sehr zu wünschen übrig läßt aber die Vertreter reichsdeutscher Interessen immerhin befriedigen kann. Der Erlaß der Grenzverordnung bedeutete einerseits die Erfüllung einer nach Erhalt von Anleihen zu Rüstungszwecken anderen Staaten gegenüber eingegangenen Verpflichtung im Interesse der „militärischen Sicherheit der Grenzen", andererseits eine ausgesprochene Werbegeste für die Wahlen nach dem zum großen Teil noch oppositionellen Westpolen hin. Dem „Nationalgefühl" weiter polnischer Kreise Westpolens wollte man dadurch entgegenkommen, daß die „deutsche Gefahr", deren Phantasiebild in den Köpfen großpolnischer Politiker noch immer Blasen treibt, auf dem in letzter Zeit so beliebten Verordnungswege wenigstens zum guten Teil „eingedämmt" wurde.

Die in Warschau von den deutschen Amtsstellen erhobenen Vorstellungen haben es denn auch bewirkt, daß eine Modifizierung der Grenzbestimmungen zustande kam. Sie lautet dahin, daß frühere Abmachungen über das Niederlassungsrecht in Westpolen durch die neue Grenzverordnung nicht aufgehoben wurden. Da nun — wie man behauptet — der Vertrag über das Niederlassungsrecht Reichsdeutscher in Polen bereits fertiggestellt ist, so berühre die Verordnung das Gebiet der deutsch-polnischen Verhandlungen in keiner Weise.

In Deutschland ist man offenbar mit dieser Erklärung zufrieden. Nichts ist bisher von dem Inhalt des Niederlassungsvertrages an die Öffentlichkeit gedrungen; niemand weiß, ob darin nicht doch eine Einschränkung für strategisch wichtige Gebiete — die ja die Grenzen auch sind — enthalten ist, niemand weiß, wieweit überhaupt die Frage der Niederlassung im Grenzstreifen in „früheren Abmachungen" überhaupt berührt wurde, wieweit frühere Abmachungen also überhaupt für die Bestimmungen der Grenzverordnung in Betracht kommen.

Darüber zu wachen ist schließlich nicht unsere Angelegenheit. **Für uns ist maßgebend, daß die neue Modifizierung der Grenzverordnung mit keinem Wort die sehr dehnbaren Bestimmungen über die Ansiedlung selbst polnischer Staatsbürger aus dem 30-Kilometer-Grenzstreifen „wegen staatsfeindlicher Tätigkeit" erwähnt.** Hier werden wir, die deutsche Minderheit in Polen, noch die sehr engen Zusammenhänge zwischen der Grenzverordnung und den Wahlen zu spüren bekommen, wenn es uns zusammen mit den anderen Minderheiten in Polen nicht gelingt, im Minderheitenblock einen Bestandteil des Sejm zu schaffen, der schwer genug wiegt, um derartige Anschläge vereiteln zu können.

Einer kurzen Betrachtung soll dann noch die Wahlrakete der **Zollvalorisierung** unterzogen werden. Schwer mag es der Warschauer Regierung angekommen sein, hier schon jetzt eine Entscheidung zu fällen. Übrigens ist sie noch nicht gefällt, es soll aber in diesen Tagen geschehen. Bedeutete doch die Zollvalorisierung ein ausgezeichnetes Lockmittel der Regierung der inländischen Industrie gegenüber. Denn durch die Zollvalorisierung, wie sie der polnischen Industrie vorschwebt, werden die Zölle bekanntlich um rund 72 Prozent erhöht, weil seit Festsetzung des Zolltarifs im Jahre 1924 der Złoty um 72 Prozent im Werte gefallen ist, die Zollsätze aber nicht in einer der Złotyentwertung entsprechenden Höhe berechnet wurden, sondern nur nach dem nominellen Satz. Die Umstellung der Zölle auf Goldwert soll eben durch die Valorisierung erfolgen. Man darf gespannt sein in welcher Art die Zollvalorisierung tatsächlich vorgenommen wird, denn — so gern die polnische Regierung durch möglichst hohe Valorisierung bei der inländischen Industrie um Gunst werben möchte, so sehr wird sie doch auch Rücksicht nehmen müssen auf die Ansprüche der deutschen Delegation. Das Interesse Deutschlands an einem Handelsvertrag wird naturgemäß genau in demselben Verhältnis sinken, wie die polnischen Zölle steigen. Denn man darf nicht vergessen, daß Deutschland den Vertrag in der Hauptsache aus Exportrücksichten wünscht.

So ist die polnische Regierung gezwungen, zwei hohe Trümpfe bereits vor den Wahlen auszuspielen. Beides im Interesse der Wirtschaft des Landes, im Interesse des endlichen Zustandekommens eines Handelsvertrages mit Deutschland. Viele Trümpfe aber verbleiben noch in ihrer Hand, die für Dasein und wirtschaftliche Existenzmöglichkeit der Deutschen in Polen von großer, ja ausschlaggebender Bedeutung sind. Darauf soll in einem weiteren Aufsatz näher eingegangen werden. Soviel mag aber an dieser Stelle nochmals betont werden: **eine einheitliche, geschlossene Wahlfront tut uns not, eine Wahlfront, in der kein Deutscher fehlt.**

Polnisch-deutsche Kohlenverhandlungen.

Warschau, 9. Februar. (Eigene Meldung.) Dem **„Glos Prawdy"** zufolge findet am 11. d. M. in Berlin eine Beratung der Vertreter der Kohlenindustrie Polens und Deutschlands statt. In der Konferenz werden auf Grund der im November vorigen Jahres erzielten Verständigung der interessierten Parteien die Absatzbedingungen der polnischen Kohle auf den deutschen Märkten besprochen werden. Darnach wird wahrscheinlich schon am 13. d. M. in Berlin eine Sitzung der Kohlenkommission der Delegationen für die Handelsvertragsverhandlungen unter dem Vorsitze des Direktors Cybulski, der sich in diesen Tagen nach Berlin begibt, stattfinden. Es ist nicht ausgeschlossen, daß der jetzt in Berlin weilende Dr. Hermes an dieser Sitzung teilnehmen wird

Die deutsch-russischen Verhandlungen.

Berlin, 9. Februar. (PAT.) Die sowjetrussische Delegation für die deutsch-russischen Wirtschaftsverhandlungen wurde heute von dem Vorsitzenden der deutschen Delegation, Ministerialdirektor Walroth, empfangen, wobei das Programm der Beratungen festgesetzt wurde, die morgen oder übermorgen beginnen sollen.

Die „Leipziger Neuesten Nachrichten" veröffentlichen in einer Korrespondenz aus Moskau eine Unterredung, die der Korrespondent dieses Blattes mit dem Vorsitzenden der russischen Delegation für die Wirtschaftsverhandlungen mit Deutschland, **Schleiffer**, hatte. Der Vorsitzende der russischen Delegation sprach sich über die Aussichten der Verhandlungen optimistisch aus, indem er betonte, daß die russische Seite um so größere Hoffnung auf die Erreichung realer Ergebnisse durch diese Konferenz habe, als sie entschlossen sei, die Berliner Unterredungen zur **Grundlage weiterer Pläne** zu machen.

Wie das zitierte Blatt weiter aus halboffiziellen sowjetrussischen Kreisen mitteilt, hat die russische Delegation Vorschläge mitgebracht, die auf die Anknüpfung eines dauernden Verhältnisses zwischen den Krediten und den sowjetrussischen Bestellungen abzielt. Die Kredite sollen 50 bis 60 Prozent betragen. Diese Pläne gehen, wie das Blatt meint, insofern über die Wünsche der deutschen Seite, (die sich in der Forderung auf die Herstellung eines Verhältnisses zwischen dem allgemeinen Import Rußlands und dem Import Deutschlands ausdrücken) hinaus, als in den sowjetrussischen Vorschlägen die Exportinteressen Deutschlands von dem allgemeinen Umfange der russischen Einfuhr unabhängig gemacht werden würden.

Im Zusammenhange mit diesem weitgehenden Plan wurden außer der offiziellen Delegation der Direktor der Wirtschaftsbank Scheimann und das Mitglied des Polit-Bureaus Rutsutok nach Berlin entsandt. Das Blatt teilt ferner mit, daß die Verhandlungen eine größere und grundsätzliche Bedeutung haben sollen, als dies vorher angenommen wurde. Der deutsche Botschafter in Moskau, Graf Brockdorff-Rantzau, trifft Ende dieser Woche in Berlin ein, um im Bedarfsfalle an den Verhandlungen teilzunehmen.

Der Makler.

Prof. Birshiska bei Minister Zaleski.

Kowno, 10. Februar. Die litauische Telegraphen-Agentur „Elta" veröffentlicht einer Unterredung des Prof. Birshiska mit dem polnischen Außenminister Zaleski, in deren Verlauf sich der litauische Gast vor allem für die Klausel interessierte, die Polen in dem Handelsabkommen mit Estland und Lettland eingefügt habe. Minister Zaleski erklärte, dies sei ein Beweis dafür, daß Litauen im Vergleich zu den anderen Staaten eine Bevorzugung gegenüber Polen sichergestellt wurde, ferner daß die polnische Regierung auf die künftigen polnisch-litauischen Beziehungen großes Gewicht lege.

Weiter interpellierte Prof. Birshiska in der Frage der im Herbst v. J. aus dem Wilna-Gebiet ausgewiesenen Litauer. Minister Zaleski wandte ein, daß sich die Ausgewiesenen bis jetzt weder an die polnischen Konsulate noch in einer anderen Weise an die polnische Regierung gewandt hätten. Es scheine, daß fast alle Ausgewiesenen nicht aus Polen stammen, trotzdem werde die polnische Regierung ihr Recht auf die Rückkehr in Betracht ziehen.

Auf die Frage des Prof. Birshiska über das litauische Schulwesen im Kreise Sejny sagte Minister Zaleski, es sei unmöglich, litauische Schulen in diesem Kreise zu eröffnen, da es an litauischen Lehrkräften mangele. Die polnische Regierung wünsche, in dieser Beziehung zu einer Verständigung mit der litauischen Regierung zu gelangen, um es zu ermöglichen, daß litauische Lehrkräfte aus Litauen bezogen werden.

Der geheimnisvolle Transport.

Lemberg, 9. Februar. Die Explosion von leicht brennbaren Artikeln auf der Eisenbahnstation Rzeszow, bei der ein ganzer Waggon mit seiner Ladung niederbrannte, war, wie die amtliche Feststellung ergab, in einem der beiden Waggons erfolgt, in denen sich 64 blecherne Fässer mit 18 000 Kilogramm Schwefelkohlenstoff befanden. Die Ladung war in Hamburg aufgegeben worden, und nach Kiew bestimmt. Auf telegraphische Weisung der Behörden wurde in Zdolbunow der zweite ganz gebliebene Waggon angehalten, um die Ladung zu prüfen.

Nach dem amtlichen Bericht ist der Schwefelkohlenstoff eine der am leichtesten entweichenden und entzündbaren Flüssigkeiten, wobei sie im vergasten Zustande ein starkes Gift für die Menschen ist. Während des Weltkrieges fand sie als Bestandteil der Giftgeschosse Verwendung.

Der Danziger Eisenbahnstreit.

Haag, 7. Februar.

Der Ständige Internationale Gerichtshof, der einem besonderen Ersuchen des Völkerbundrates entsprechend gestern zu einer außerordentlichen (13.) Sitzung zusammentrat, begann heute vormittag mit den öffentlichen Verhandlungen des zwischen Polen und der Freien Stadt Danzig entstandenen Eisenbahnstreitfalles. Der Gerichtshof ist für diese Sitzungen wie folgt zusammengesetzt: Anzilotti-Italien, Vizepräsident Weiß-Frankreich, Beisitzer Huber-Schweiz, Loder-Holland, Nyholm-Dänemark, Altamira-Spanien, Odo-Japan, Jowanowitsch-Jugoslawien, Reichmann-Norwegen, Negulescu-Rumänien und Wang-China.

Als sogenannte nationale Richter gehören dem Gerichtshof noch an Prof. Bruns-Berlin für Danzig und Prof. Ehrlich-Lemberg für Polen. Nach der Vereidigung der beiden letztgenannten Mitglieder des Gerichtshofes erhielt heute sofort der Sachwalter der Danziger Regierung Prof. Gidel-Paris das Wort zu einer Darlegung der Auffassung der Freien Stadt Danzig. Unter eingehender Begründung des von ihm eingenommenen Standpunktes bestritt Prof. Gidel in seinem Plädoyer die Rechtsgültigkeit der hier in Frage kommenden Entscheidung des Völkerbundskommissars für die Freie Stadt Danzig, auf Grund deren die Gerichte der Freien Stadt Danzig nicht befugt sein sollen, Streitigkeiten über finanzielle Verhandlungen, die sich aus dem Danzig-polnischen Abkommen vom 22. 10. 21 ergeben, zu entscheiden.

Radio-Vorlesungen der Regierung.

Warschau, 10. Februar. (PAT.) Während das polnische Radio bis jetzt die Reden der Regierungsmitglieder hauptsächlich auf dem Wege der Transmission aus dem Sejm verbreitete, organisiert jetzt das Präsidium des Ministerrats eine planmäßige Reihenfolge von Vorlesungen durch das Radio über die Tätigkeit der Regierung auf den verschiedenen Gebieten des Staats- und Wirtschaftslebens.

Die ersten Vorlesungen finden in der kommenden Woche und zwar am Montag, den 13., am Mittwoch, den 15., am Donnerstag, den 16. und am Sonnabend, den 18. d. M. statt, und zwar von 8 bis 8½ Uhr abends. Eröffnet wird der Zyklus wahrscheinlich durch den Vizepremier Bartel.

Marschall Joffre exmittiert!

Die Berliner „Tägl. Rundschau" weist auf gewisse Wirkungen hin, die in Frankreich die in weitem Umfange bereits erfolgte Aufhebung des Mieterschutzes gehabt hat. So wurde Charles Joffre nebst Familie soeben zwangsweise ausquartiert. Der Besitzer der Wohnung hatte die Gerichte gegen den Marschall angerufen, und da Joffre sich weigerte, die Wohnung zu verlassen, haben Gerichtsvollzieher sich bei ihm eingefunden. Die Blätter wiesen auf die Notlage des „Siegers der Marneschlacht" hin. Darauf haben sich ein Urenkel des Dichters Lamartine und ein spanischer Sprachlehrer bereit erklärt, den Marschall Joffre bei sich aufzunehmen. — Auch dem bekannten Flugzeugkonstrukteur Leviot ist eine Gerichtsladung zugegangen. Er muß die Wohnung räumen und wendet sich an die Öffentlichkeit mit der Bitte, ihm eine Unterkunft nachzuweisen.

Kongreß der anglikanischen Kirche.

Die Revision des Gebetbuchs.

Am Montag, dem 6. d. M., ist in London die Generalsynode der anglikanischen Kirche zusammengetreten. Sie muß entscheiden, ob sie die Revision des neuen Gebetbuches billigen soll, durch das die Bischöfe es dem Unterhause mundgerechter machen, und dieses zur Zurücknahme seines Vetos bewegen wollen. Die Bischöfe, der übrige Klerus und die Laien beraten getrennt, und morgens und abends erfolgt eine gemeinsame Zusammenkunft, in der jedes Haus über den Verlauf seiner Diskussion Bericht erstattet. Jedes der drei Häuser muß seine Zustimmung geben, wenn das neue revidierte Gebetbuch an das Unterhaus weitergehen soll.

Den eigentlichen Zankapfel bilden die Bestimmungen über die Aufbewahrung der gesegneten Elemente des Abendmahles, die in einem Gefäß erfolgen soll, das nach der neuen Revision in der Kirche oder auch in der Sakristei aufbewahrt werden kann. Die evangelische Richtung befürchtet, daß die Aufbewahrung in der Kirche zu einer Anbetung der Elemente führen wird. Es ist möglich, daß von evangelischer Seite eine Streichung der Bestimmungen, die eine Aufbewahrung der gesegneten Elemente erlauben, beantragt werden wird, um einer nochmaligen Verwerfung durch das Unterhaus vorzubeugen. Über den Unterhandlungen wird als bestimmender Faktor die Befürchtung schweben, daß jede Feststellung großer Uneinigkeit in den Beratungen die Gefahr einer erneuten Verwerfung durch das Unterhaus enorm erhöht, und damit die Gefahr einer Entstaatlichung der Kirche, die die enorme Mehrheit des Klerus und der Laien sicher nicht wünscht, sehr handgreiflich machen würde. Der Erzbischof nahm in seiner Eröffnungsrede auf die Frage der Entstaatlichung mit folgenden ernsten Worten Bezug:

„Die Beziehungen zwischen Staat und Kirche und die Verantwortlichkeit von beiden hat dazu geführt, daß das Wort Entstaatlichung in manchen Kreisen häufig von Mund zu Mund geht. Man handhabt es im Gespräch mit einer Leichtigkeit, die mir anzuzeigen scheint, daß man sich der Heiligkeit der Pflegschaft nicht bewußt ist, die unserer Kirche von Gott als dem anerkannten Sprachrohr des nationalen Glaubens und dem anerkannten beglaubigten Werkzeug des Wortes und Sakramentes Christi anvertraut worden ist. Auf der Kirche als solcher ruht im geordneten Leben die Verantwortung für alles, was ihre Lehre und ihren Kultus betrifft, und in dieses alte Recht kann niemand eingreifen. Ich sehe keine Gefahr eines solchen Eingriffes. Wir müssen aber unerschütterlich an unserem Anspruch festhalten."

Republik Polen.

Wojewoden-Berichte.

Warschau, 9. Februar. (Eigene Meldung.) Im Zusammenhange mit den Wahlangelegenheiten sind der Wojewode von Nowogródek Beczkowicz und der Wojewode von Pommerellen Mlodzianowski nach Warschau berufen worden und heute hier eingetroffen. Beide Wojewoden werden vom Innenminister empfangen werden und außerdem verschiedene Konferenzen mit maßgebenden Faktoren abhalten.

Ermordung eines Kommunistenführers.

Warschau, 8. Februar. In einer Vorstadt Wilnas wurde der Kommunist Sztegier, Führer des Berufsverbandes, der vor einigen Tagen bei der Bezirkswahlkommission die Liste Nr. 13 niedergelegt hatte, ermordet. Die Leiche des Ermordeten wies Spuren von Schnittwunden auf, die mit einem Messer beigebracht worden waren.

Kriegsspiele im Belvedere.

Warschau, 8. Februar. Im Generalinspektorat der bewaffneten Kräfte fanden kürzlich unter dem Vorsitz des Marschalls Pilsudski zwei Tage lang Kriegsspiele statt, an denen etliche Generäle, höhere Stabsoffiziere und Divisionskommandeure mit dem Korpskommandeur General Dzierżanowski in Posen, dem Korpskommandeur Jung in Lublin sowie dem Korpsführer Malakowski in Lodz teilnahmen.

Aus anderen Ländern.

Zerstörung von griechisch-orthodoxen Kirchen in Rußland.

Moskau, 9. Februar. Die Stadtverordnetenversammlung von Moskau hat in ihrer Sitzung vom 30. Januar den Beschluß gefaßt, im Laufe des Jahres 1928 mindestens 11 griechisch-orthodoxe Kirchen unter dem Vorwand niederzureißen, daß sie die Regulierung der Straßen erschweren. Unter den zur Zerstörung bestimmten Kirchen befinden sich zwei aus dem 17. Jahrhundert, und zwar die Zerkiew des hl. Paraskiewa, sowie das sogenannte „Strastnyi Monastyr".

Pommerellen.

10. Februar.

Graudenz (Grudziądz).

× **Achtung Wähler!** Bei etwa auftauchenden Unklarheiten in Wahlangelegenheiten erteilt mündlich oder telephonisch Auskunft das Bureau des deutschen Wahlausschusses, Goßlerstraße (Staszyca) 5, part., Telephon 845. *

* **Raubbau.** Am 4. 2. brachten wir eine Notiz über das Ossatal und die darin vorgenommenen Abholzungen. Dazu wird uns noch mitgeteilt, daß die Abholzungen zwischen Klodtken und Roggenhausen vielfach nicht geschehen, um den Boden zu ackern, sondern lediglich, um die gewachsenen Holzbestände zur Verwertung zu erlangen. Die bewaldeten Hänge, die jetzt zum Teil kahlgeschlagen sind oder werden, sind viel zu steil, um für Ackerkultur in Frage zu kommen. Es ist außerordentlich bedauerlich, daß eine planmäßige Wiederanschonung augenscheinlich unterbleibt und daß sich anscheinend keine Instanz darum kümmert, daß Raubbau getrieben wird, der weder vom forstwirtschaftlichen Standpunkt noch von dem des Naturfreundes zu rechtfertigen ist. *

pr **Der Mittwoch-Wochenmarkt** war ausreichend beschickt, jedoch ließ der Besuch zu wünschen übrig. Für Butter forderte man 2,60—2,90, Eier 3,80—4 pro Mandel, Weißkäse 0,50, vollfetten Tilsiterkäse 1,80 pro Pfund. Auf dem Geflügelmarkt sah man schwere fette Suppenhühner für 6,00 bis 8,00. Auf dem Gemüsemarkt kostete Weißkohl 0,15 bis 0,20, Rotkohl 0,25, Grünkohl 0,20—0,30, Zwiebeln 0,25—0,30, Mohrrüben 0,15, Rote Beete 0,15—0,20, Wruken 0,06—0,10. Auf dem Obstmarkt brachten Äpfel je nach Güte 0,20—0,70. Der Fischmarkt war wieder reichlich mit schwedischen Heringen für 0,40—0,50 beschickt, die jedoch nicht geräumt wurden, sowie mit Räucherspротten für 1,00, mit Karpfen für 3,00, Zander für 3,00, Schleie für 2,50, Hechte für 2,00, Barsche für 0,60—1,50 und Plötze für 0,40—0,80. Die Fleischer forderten die alten Preise: Schweinefleisch 1—1,40, Rindfleisch 1—1,40, Kotelett 1,40, Blut- und Leberwurst 1,60, Pommersche Wurst 1,80. *

pr. **Der Mittwoch-Schweinemarkt** war gut mit Ferkeln und Läuferschweinen beschickt. Fettschweine fehlten. Die Nachfrage erreichte nicht das Angebot, so daß der Markt nicht geräumt wurde. Absatzferkel, 4—6 Wochen alt, brachten 35—40, 6—8 Wochen alte 40—50 pro Paar. 50—70 Pfund schwere Läufer kosteten 40—45, ca. 100 Pfund schwere 60 bis 70 zł. *

× **Was alles in der Straßenbahn gefunden wird!** Im verflossenen Jahre sind in Wagen der Graudenzer Elektrischen folgende Gegenstände gefunden worden: 22 Spazierstöcke, 26 Regenschirme, ca. 50 Paar Handschuhe, Schul- und Gesangbücher, 1 Schirmüberzug, 8 Damen-Handtaschen, 9 Brieftaschen, 1 Zigaretten-Etui, 1 Paar Holzpantoffeln, 6 Ledertaschen, 2 Körbe, 1 Rosenkranz, 22 Brillen, 3 Schlüssel, 2 Pakete mit alten Schuhen, 1 vergoldeter Rahmen, 1 Päckchen mit Militärabzeichen, 1 Schürze, Sohlenleder, 1 Pfeife, photographische Platten, 1 Schüsselchen mit Seife, 1 Paket mit Wollwaren, 1 Kleidchen, Nähgarn, 1 Sack, 1 Milchkrug, 2 Mützen, 2 wollene Schals, 1 Hut, 1 Rucksack, Pfeifentabak, 2 Päckchen Nägel und einige andere Kleinigkeiten. Vorgenannte Sachen können durch ihre Besitzer bis zum 15. Februar d. J. im Straßenbahnbureau, Bahnhofstraße (Dworcowa) 47, abgeholt werden. *

× **Diebereien** ereigneten sich in letzter Zeit mehrfach in dem Dorfe Klodtken, Kreis Graudenz, und Umgegend, ohne daß es gelang, den Schädlingen das Handwerk zu legen. Eines Nachts wurde dem Besitzer Hoffmann daselbst Getreide aus der Scheune entwendet. Am nächsten Tage fanden Kirchgänger die Chaussee entlang verstreut Getreidekörner. Man ging der Spur nach und gelangte zu dem Gehöft des Besitzers Klafft in Kgl. Dombrowken. Der von der Sache benachrichtigte Gendarmeriewachtmeister in Kl. Tarpen vermochte nun auf Grund des vorliegenden Verdachtsmaterials den K. als den Korndieb zu verhaften. Es stellte sich heraus, daß noch zwei andere Personen an den die dortige Gegend in Unruhe versetzenden Diebereien beteiligt gewesen sind. Sie werden sich demnächst vor Gericht zu verantworten haben. *

× **Aus der Polizeichronik.** Festgenommen wurden vier Personen, und zwar eine wegen Trunkenheit und Ruhestörung, zwei wegen Diebstahls und eine wegen Umhertreibens. *

*

Vereine, Veranstaltungen ꝛc.

Deutsche Bühne, Grudziądz. Auf die Wiederholung des Schauspiels „Zwölftausend" von Frank, eines der bedeutendsten Schauspiele, die in den letzten Jahren erschienen sind, wird nochmals empfehlend hingewiesen. Die Besucher können mit einem genußreichen Abend rechnen 2215 *

Die Gaststätten am Königsfest Tut-ench-Amons, das am Maskenball der Deutschen Bühne am Rosenmontag, den 20. Februar, im Gemeindehause stattfindet, werden den Besuchern wiederum neben einer vorzüglichen Verpflegung viel Zerstreuung bieten, denn die Leitung der Bühnenfeste versteht es, überall fröhliches Leben entwickeln zu lassen. Auf der Bühne werden die „Thebanischen Gärten" entstehen und einen angenehmen Aufenthalt bieten, von dem man das Treiben im Saal bequem verfolgen kann. Im Restaurant „Zur Sphinx" auf den Logen wird es nicht rätselhaft zugehen, sondern auch lebensfroh, wenn vielleicht auch dort manche Sphinx-Augen den Männern das Herz warm machen werden. Die reservierten Tische auf den Logen werden auch wieder beibehalten; sie sind immer bald vergriffen und müssen daher zeitig bestellt werden. In der „Schatzkammer Tut-ench-Amons", in der eine besondere Kapelle aufspielen wird, wird man nicht Schätze finden, die die Motten und der Rost fressen, sondern Schätze, die auch die pessimistischsten Alten wieder jung machen werden. Wer „Zum schlürfenden Nilpferd" geht, kann sich dem Genuß eines vorzüglichen Gerstensaftes hingeben und wie das Nilpferd bis zum frühen Morgen schlürfen. Wer aber zur „Grabkammer" geht, will sich dort nicht begraben lassen, sondern wie vor einigen Jahren der englische Gelehrte Carter in der Grabkammer wundervolle Schätze gefunden hat, so werden den Besuchern dort auch unvergängliche Stunden erblühen, die mit Gold nicht bezahlt werden können. Hier wird außerdem die Kapelle Bodammer dafür sorgen, daß es in der „Grabkammer" sehr lebensvoll zugehen wird. In diesem lebensfrohen, übermütigen Trubel ist aber auch eine Oase geschaffen, in der man sich ausruhen kann: das „Café zum blauen Nil". So wird auch bei diesem anderen altägyptischen Königsfest jedem Geschmack Rechnung getragen werden, und es wird so lebensfroh werden, daß König „Tut-ench-Amon" es bedauern wird, daß er schon vor 3200 Jahren gestorben ist. Es wird wiederholt darauf hingewiesen, daß Gesuche um Einladungen an den Vorsitzenden, Herrn Arnold Kriedte, Gruziądz, Mickiewicza 3, zu richten sind. (2212 *

Thorn (Toruń).

t **Die Feuerwehr** wurde Mittwoch abend gegen 9 Uhr nach der Baderstraße gerufen, wo im Hause Nr. 19, in dem sich das Restaurant früher „Löwenbräu" befindet, ein Rußbrand im Schornstein ausgebrochen war. Nach ein paar Minuten konnte die Wehr wieder abrücken. * *

—* **Wegen Raubüberfalls** wurden der 20jährige Jan Wilinski zu 10 Monaten und der gleichalterige Bernard Sochalski zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Beide überfielen den 15jährigen Bureauangestellten Paul Witt am hellen Tage in der Nähe des Stadtwäldchens, rissen ihn vom Fahrrad und raubten ca. 700 zł, welche der W. zur Auszahlung an die Arbeiter zum Bauplatz bringen sollte. — Anton Wisniewski und Leon Bukowiecki, beide aus der Eichbergstraße, stahlen dem Szalkowski in der Culmerstraße Kohlen, Kartoffeln und Rips, wofür beide zu je zwei Monaten Gefängnis verurteilt wurden. — Boleslaw Rutecki, ehemaliger Gerichtsbeamter, hatte im Amte Bestechungsgelder angenommen, wofür er mit vier Wochen Gefängnis bestraft und aus dem Dienst entlassen wurde * *

t **Ein Wäschediebstahl** wurde von einem unbekannten Täter zum Schaden einer Einwohnerin des Hauses Königstraße 43 verübt. Ihr Verlust beträgt etwa 50 zł. * *

t **Diebstahl.** Einem hiesigen Saalbesitzer wurden aus einer verschlossenen Schublade in seinem Kontor ungefähr 100 zł Bargeld sowie mehrere Tafeln Schokolade gestohlen, die er von einem Verein für die Tombola in Verwahrung genommen hatte. * *

—* **Diebstähle.** In den Kolonialwarenladen von Trojanowski in der Bergstraße 20 brachen Diebe ein und stahlen Schokolade und Bonbons. — Aus der Wohnung der Fr. Rokosz am Altstädtischen Markt stahlen Einbrecher Kleider und Bargeld. * *

*

Vereine, Veranstaltungen ꝛc.

Voranzeige. Donnerstag, 16. Februar, 8 Uhr, im Deutschen Heim: Erstaufführung des diesjährigen Schwankschlagers der Deutschen Bühne Thorn: „Der keusche Lebemann". Karten bei Thober, Stary Rynek 31. (2347 * *

ef **Briesen** (Wąbrzeźno), 8. Februar. Ein Vieh- und Pferdemarkt, der trotz ungünstigen Wetters rege beschickt war, fand am gestrigen Dienstag hier statt. Auf dem Viehmarkt waren die Preise die alten, doch wurden wenig Käufe abgeschlossen, da fast keine Käufer vorhanden waren. Pferde dagegen waren im Preise gestiegen. Man verlangte bis 1800 zł. Gutes Material war wenig vorhanden. Abschlüsse waren auch hier gering.

m **Dirschau** (Tczew), 9. Februar. Ministerbesuch. In unserer Stadt weilte heute der Eisenbahnminister Romocki zur Besichtigung des Rangierbahnhofs Liebenhof. Gleichzeitig besichtigte der Minister die Bahnhofsanlagen der Station. — „Ein guter Freund". Die Arbeitslosen Tucholski und Murawski aus dem hiesigen Kreise hatten miteinander getrunken. Als sie sich nun auf dem Heimwege befanden, warf der eine den anderen zu Boden, raubte ihm 20 zł und entfloh mit der Beute. Der Beraubte meldete den Vorfall der Polizei, welche die Angelegenheit dem Gerichte übergab.

p **Neustadt** (Wejherowo), 8. Februar. Aus dem Gerichtssaal. Der Arbeiter Josef Kowalewski in Gdingen, 33 Jahre alt, wurde wegen Widerstandes gegen die Polizei mit 14 Tagen Gefängnis und zur Tragung der Kosten verurteilt. — Der Arbeiter Paul Nadolski, 25 Jahre alt, aus Pierwoschin war wegen Lärmens und versuchter Befreiung eines Arrestanten angeklagt. Das Urteil lautete auf 14 Tage Gefängnis. — Der Arbeiter Josef Wendt aus Völzendorf (Chwarsztno) erhielt wegen Entwendung einer kleinen Hafermenge einen Tag Gefängnis. — Der Arbeiter Stefan Bendt aus Gdingen, 28 Jahre alt, hatte ca. 30 Kilo Kohlen gestohlen, wobei ihm der Lastautoführer Aloysius Pizke behilflich war, indem er die Kohlen auflud und für B. fortschaffte. B. erhielt 5, P. 2 Tage Gefängnis.

d **Stargard** (Starogard), 8. Februar. Der heutige Viehmarkt zeigte der schlechten Wege wegen einen nur mäßigen Verkehr. Vieh war wenig aufgetrieben. Die Preise waren sehr schwankend. Durchschnittlich zahlte man folgende Preise: geringere Pferde 200—700, bessere 800—1200, Kühe 300—600, ein Paar Ferkel 45—55, Läuferschweine 55—60 zł. — Durch Taschendiebe bestohlen wurde während des Marktes der Landwirt A. Trzosk aus Mirabau (Kr. Stargard), wodurch er einen Verlust von 500 zł erlitt. Da die Täter, die aus Lodz stammen, gefaßt werden konnten, erhielt der Geschädigte sein Geld wieder. — Eine internationale Diebesbande, im besonderen fachmännische Geldschrankknacker, wurde von der Polizei festgenommen. Die in Pommerellen gut bekannte Bande wird beschuldigt, den Raubüberfall auf den Fabrikbesitzer A. Kauffmann verübt zu haben. — Einen Einbruchsdiebstahl verübten beim Bezirksrichter Heidrich zwei vor kurzem aus dem Gefängnis entlassene Diebe. Sie stahlen hierbei Wäsche und Garderobe von größerem Werte. Die beiden Täter, Szulkowski und Smoczyński wurden in Hochstüblau (Kr. Stargard) festgenommen. Da die Genannten als Gefangene beim Geschädigten beschäftigt worden waren, waren sie mit den Wohnungsverhältnissen bestens vertraut.

* **Tuchel** (Tuchola), 6. Februar. Ausgewiesen. Der Maschinenbaumeister Karl Lunau aus Tuchel, deutscher Reichsangehöriger, wurde durch eine Anordnung des Wojewoden ohne Angabe der Gründe mit einer Frist von vier Wochen als lästiger Ausländer aus Polen ausgewiesen. Vor fünf Jahren wurde Lunau auch bereits ausgewiesen, konnte aber damals auf persönliches Betreiben seines Schwiegervaters, eines Polen aus dem hiesigen Kreise, die Ausweisung wieder rückgängig machen.

*

Aus den deutschen Nachbargebieten.

* **Flatow**, 8. Februar. Schadenfeuer in Gursen. Gestern abend gegen 7 Uhr wurde die Flatower Bevölkerung durch Feueralarm erschreckt. Wie sich bald herausstellte, handelte es sich um einen Brand bei dem Besitzer Reek auf der Gursener Siedlung am Dorfausgang nach Flatow. Scheune und Stall des Besitzers sind bis auf die Fundamente niedergebrannt. Das Vieh konnte gerettet werden, doch sind sämtliche Getreide- und Futtervorräte, ein Dreschkasten, eine Häckselmaschine und etwa 20 Hühner den Flammen zum Opfer gefallen. Das Wohnhaus und die Nachbargebäude blieben dank der günstigen Windrichtung vom Feuer verschont. Die Entstehungsursache des Brandes ist noch unbekannt.

Briefkasten der Redaktion.

Redivivus. 1. Aufwertung 15 Prozent = 1037 Zł. Diese Summe hat der Sch. zu verzinsen. Daß der Besitzer des öfteren gewechselt hat, ist ohne Bedeutung. 2. Wenn der Schuldner, gleichgültig, welcher Art er ist, mit seinen gerichtlich ausgeklagten Leistungen im Verzuge bleibt, kann er gepfändet werden. 3. Das Gericht arbeitet nur dann umsonst, wenn die Pfändung fruchtlos ist. Dem Kläger, der auf Armenattest klagt, werden die Kosten gewissermaßen auch nur gestundet; wird er zahlungsfähig, so wird er auch zahlungspflichtig, vorausgesetzt, daß er den Prozeß verloren hat. 4. Eine gewöhnliche Darlehnshypothek würde mit 15 Prozent = 1481,47 Zł. aufzuwerten sein. Handelt es sich aber, wie zu vermuten ist, um eine Amortisationshypothek, so wird die Höhe der Forderung nach dem Stande des Tages festgesetzt, bis zu dem die letzte Amortisationsrate bezahlt worden ist, und die so umgerechnete Złotyforderung wird weiter wie bisher verzinst und amortisiert, wie ein neues Darlehn. 5. Der Stempelsteuer unterliegen nur Schriftstücke, die irgend etwas bestätigen. Mietverträge haben auch Gültigkeit, wenn sie nicht schriftlich vereinbart sind. Zu einer schriftlichen Vereinbarung sind Sie nicht verpflichtet. Ein schriftlicher Mietvertrag erfordert eine Stempelmarke von 1 Prozent des Mietbetrages. Die Kontrahenten wären bei Unterlassung beide strafbar.

Bromberg, Hase. Im Kaufvertrag steht zwar, daß Sie die Restkaufgeldhypothek von 22 800 Mark als Selbstschuldnerin übernehmen, aber die Frage, ob Sie persönliche Schuldnerin sind oder nur mit $18^3/_4$ Prozent für die Hypothek haften, kann erst nach der Auflassung an Sie entschieden werden, da sie davon abhängt, ob der Gläubiger dazu sein Einverständnis erklärt mit Ihrer Übernahme der Schuld als persönliche Schuldnerin. Eine Erklärung darüber kann der Gläubiger aber erst abgeben, wenn ihm der Verkäufer nach Ihrer Eintragung im Grundbuch davon schriftlich Mitteilung gemacht hat. Vorläufig haben Sie auf Grund des Kaufvertrages nur dem Käufer gegenüber Verpflichtungen, für die eingetragenen Schulden haften Sie erst nach der Auflassung. Die Stelle im Kaufvertrage, auf die Sie uns besonders aufmerksam machen, besagt, daß Sie die Zinszahlung von 1920 an mit übernehmen. Diese Bestimmung ist gegenstandslos und war schon bei Abschluß des Kaufvertrages vor dem Notar gegenstandslos, da die Zinsen von 1920 bereits damals verjährt waren. Auch die neueren Zinsen für die Hypothek brauchen Sie jetzt nicht zu zahlen, da Sie ja für die Hypothek erst nach der Auflassung haften.

„Danzig." Die Möglichkeit, daß Sie Ihren verdienten Lohn verlieren, besteht.

Der Kreis Bromberg vor 100 Jahren.

Die Bevölkerung.

Der herzoglich Warschauer **Kreis Bromberg** blieb bei der Neueinteilung von 1818 im verkleinerten Umfang von 27 QM. mit 4 königlichen Städten, 26 Kämmerei-, 186 königlichen und 94 adeligen Dörfern bestehen. Die Einwohnerzahl betrug 1831 32 922 (16 277 Evangelische, 14 873 Katholiken, 1852 Juden). Deutsche wurden 19 664 gezählt, Zweisprachige 1 615 und Polen 11 643. Letztere machten also nur 37,8 Prozent aus.

Die Kleinstädte

zeigen folgendes Bild (1831):

Name	Bürgermeister-Gehalt in Rtrn.	Einwohner Ev.	Kat.	Jüd.	Zus.	Einwohner 1815	Kämmerei-eink.	Feuerstellen 1815	1831
Crone a. B.	236	597	1037	144	1778	1258	679	221	276
Fordon	250	282	278	1447	2007	1434	550	237	157
Schulitz	200	199	205	36	440	469	497	61	52
Summa	686	1078	1520	1627	4225	3161	1726	519	485

Hiernach hatte nur Krone eine polnische Mehrheit. Trotzdem wurde auch Schulitz noch von einem polnischen Bürgermeister verwaltet. Verhältnismäßig günstig waren die Stadtoberhäupter in finanzieller Hinsicht gestellt, während sonst über diesen Punkt Regierungspräsident von Colomb im Verwaltungsbericht für 1827 schrieb: Die Kassation oder Entlassung mehrerer Bürgermeister ist vorgekommen. „Viele der Bürgermeister sind schlecht genug qualifiziert, allein auch ebenso schlecht besoldet.“ Wenige haben über 200, mehrere noch unter 100 Rtrn. Dafür sind unmöglich so gebildete Leute zu bekommen, wie man wünschen müßte. Die Kämmereien sind durchgehend arm und einen Fonds zur Unterstützung wie in Posen gibt es hier nicht. Es ist „unter den angeführten Umständen zu bewundern, daß die Geschäfte von den Bürgermeistern noch so geführt werden wie es wirklich geschieht.“ — Als später Bromberg an dem Gratifikationsfonds mitbeteiligt wurde, erhielt wenigstens Salomon in Schulitz 1846 eine Beihilfe von 30 Rtrn.

Das **Judentum** konzentrierte sich ungewöhnlich stark in Fordon, wo wie in Kolmar 1841 ein „Verein jüdischer Frauen“ zu stande kam.

Unzuverlässig sind die wohl aus steuerlichen Rücksichten in die Höhe geschraubten Warschauer Angaben über die Feuerstellen und auch hinsichtlich der Einwohner weichen sie beträchtlich von einander ab. So soll nach einer Liste Fordon 1757 Bewohner (372 Katholiken), Schulitz 351 (176) und Krone 833 (506) gehabt haben. Für die

Stadt Bromberg.

die wegen ihrer Treue in den Freiheitskriegen 1818 die Steinsche Städteordnung erhielt, also völlig vereinzelt in der Provinz dastand, wurden danach 577 bebaute und 34 wüste Stellen mit 6123 Einwohnern (3378 Evangelische, 2527 Katholiken, 223 Juden) gezählt. 1833 saßen auf 612 Feuerstellen 4064 Evangelische, 2191 Katholiken und 426 Juden, insgesamt 6681 Seelen. An dem Aufschwung waren also die katholischen Polen nicht beteiligt, die vermutlich infolge der Abwanderung der vor 1815 künstlich hierher verpflanzten polnischen Beamten zurückgegangen waren. 1835 hatte der Ort 7179, im Jahre 1839 schon 7672 Einwohner (evangel. 4521 und 4512, kath 2195 und 2692, jüd. 463 und 468). Das Sprachenverhältnis gibt der Magistrat für die ganze Zeit unverändert mit 4 : 1 an; es beweist das starke Übergewicht des alteingesessenen deutschen Elements. Immer war ein Überschuß an weiblicher Bevölkerung vorhanden (1835 : 3780 : 3399). Der Geburtenüberschuß betrug 1839 bei den Evangelischen 17, den Katholiken 7 und den Juden 3. Vor vollendetem 1. Lebensjahr waren von 249 Kindern 59 gestorben, darunter 13 uneheliche. Da (ohne Militär) 79 Ehen geschlossen wurden, kam eine solche ungefähr auf 3 Geburten.

Schon nach dem Konfessionsverhältnis ist

das vollständige Übergewicht des deutschen Elements in Stadt und Land unbestreitbar.

1834 standen in den Städten einschließlich Brombergs 3779 obendrein großenteils deutschen Katholiken 5736 beinahe durchweg deutsche Evangelische und 2088 Juden gegenüber; auf dem Land saßen 16 900 Evangelische, 14 633 Katholiken und 179 Juden. Der Charakter des Bauerntums läßt sich daraus ermessen, daß 1836 von 196 Schulzen 30 nur polnisch, aber 88 nur deutsch und 78 beides sprachen, 93 nur deutsch, 14 nur polnisch, 11 beides und 78 keines schrieben und lasen. Somit müssen die doppelsprachigen zum beträchtlichen Teil Deutsche gewesen sein. Leider beherrschten einige der Kommunalbeamten in Mischbezirken nur eine Landessprache.

Aber auch im

Großgrundbesitz

war **das Polentum in der Minderheit.** Zudem schrumpfte es beständig zusammen. Von 1832—1841 verlor es zwei Güter,und dieser Prozeß setzte sich später fort. 1841 gab der Landrat für die rund 30 Rittergüter, deren mehrere in städtischer Hand waren, nur noch 8 polnische und 15 deutsche Besitzer an und bei den 27 Namen der Matrikel von 1846 waren die Polen bis auf 4—5 verschwunden. Die Nähe einer größeren deutschen Stadt reizte das Privatkapital zum Ankauf, der Beamten und Gewerbetreibenden durch den geringen Umfang der Güter erleichtert wurde, ging doch Samsieczynek der Hinzschen Erben im Wert auf 9000 und Gumnowice Moritz Schliepers auf 6667 Rtr. herunter. Daher finden wir unter den Deutschen fast nur bürgerliche Käufer. Schon 1830 standen 10 adligen 12 bürgerliche Besitzer gegenüber. (Kommerzienrat Loewe, Justizrat Schoepke-Neu Dombrówka 28 000 Rtr., Justizkommissar Schulz, Witwe Grünauer-Mruczyn 20 000 Rtr., Leopold Elsner-Mocheln 29 890 Rtr., Kaufmann Schmidt-Czerst 27 803 Rtr., Nehring, Oberfeldt, Kreisphysikus a. D. Rochlitz, Landrat Wüstenberg-Nicponie 10 050 Rtr., Leutnant Moritz Klahr-Trzebin 15 900 Rtr. und Arndt). Daneben finden wir nur Hauptmann von Born, der 1836 in der Subhastation Sienno für 30 316 Rtr. den von Logaschen Erben abnahm, Major von Lippe, von Bülow und den Mecklenburgischen Reisemarschall von Witten. Aus diesem Rahmen ragen auf polnischer Seite eigentlich nur Kasimir Graf Potulicki mit Slesin (70 000 Rtr.) und anderen Gütern wie Samsieczno (50 800), Graf Bniński-Strezelewo und die mehrfach ansässige Familie von Moszczeński hervor.

Recht umfangreich war der

fiskalische Besitz

mit folgenden 4 Ämtern (1815): Bromberg (Generalpächter: Diestel, Pachteinnahme: 513 Rtr.), Krone a. Br. (von Dębiński—2815 Rtr.), Mrotschen (Kowalski—4086 Rtr.) und Nieszewice (Cords—3937 Rtr.) mit zusammen 9 Vorwerken, 5 Amtswachtmeistern, 5 Berittschulzen. Nur Krone und Mrotschen waren Nationalgüter geblieben, Bromberg dem König von Sachsen als Krongut überwiesen, Nieszewice von Napoleon General Walter **geschenkt worden.** Später blieben bloß **Bromberg und** Krone (Sitz: Bartelsee) mit 8594 und 7 458, zusammen 16 052 Einwohnern und 2124 Feuerstellen (1835) bestehen. Bezeichnend für die frühere Verkommenheit der Wirtschaft ist es, daß 1815 auf den 27 Ämtern des Departements nicht weniger als 173 wüste Bauern- und Büdnerstellen gezählt wurden.

Hierzu kamen 4 (später 3) **Oberförstereien:**

Name	Zahl der Spez.-Rev.	Morgenzahl ungf.)	Oberförster	Zahl der Unterförster	Waldwärter	Gehalt und Emolumente in Rtrn.
Bromberg	4	71 775	Weber	3	2	1007
Lochowo	6	46 959	Hellwig	4	1	1001
Crone a. B.	9	61 218	Eckert	2	8	1176
Mrotschen	12	14 160	Boettcher	1	3	462

Die Gehälter erscheinen sehr gering; aber man rechnete wohl mit unerlaubten Nebenbezügen, beschwerte sich doch der ehemalige Unterförster von Grabiński empört bei dem Oberpräsidenten von Zerboni über seine wegen Unterschlagungen aus dem Jahr 1813 verfügte sofortige Entlassung mit der Begründung, man habe es mit diesen Dingen im Herzogtum Warschau nicht so genau genommen. Er mußte sich sagen lassen, daß er nach preußischer Auffassung noch sehr milde weggekommen sei.

Für **das Ansehen der Deutschen** spricht es, daß der Kreistag 1839 je 3 von ihnen in die Kommissionen zur Prüfung der Klassensteuerreklamationen und Revision der Kreiskommunalrechnungen wählte. In der Kreismilitärersatzkommission saßen 1838 2 deutsche Stadträte, 1 deutscher Schulze und 1 polnischer Gutsbesitzer. Das kreisständische Leben spielte sich, wie üblich, auf zwei Tagungen im Jahr ab. Ein Zeichen von Kultur war es, daß die Vertreter 1840 die Mittel bewilligten, um die landrätliche Kreisstatistik in 300 Exemplaren zu vervielfältigen.

Die Verwaltung.

Des deutschen Charakters der

Provinziallandtagsvertreter

aus den Landgemeinden und kleinen Städten, die zusammen mit Wirsitz und Schubin wählten, ist schon gedacht worden (vergl. N. 215 vom 21. September 1927). Auch bei den beiden ersten Tagungen, als die Landgemeinden mit Schubin und Inowrazlaw verkoppelt waren, siegten die Deutschen Johannes und Quiram als Stellvertreter. **Bromberg** erkor damals den Ratsherrn Rafalski und Schoepke, 1830 an des ersteren Stelle Brauereibesitzer und Stadtrat Jos. Grunwald und als nunmehr erforderlichen zweiten Ersatzmann ebenfalls einen Deutschen. Polnische Opposition bestand nicht, und von beinahe 200 Wählern waren nur 28 zur Stelle. 1834 blieb Grunwald, vom Oberpräsidenten Flottwell als wohlgesinnt gelobt, auf seinem Posten. Erster Ersatzmann wurde Schoepke mit 46 : 7 Stimmen und zweiter der rechtliche und unterrichtete Kaufmann Jos. Jak. Goerdel. 1837 rückte Loewe zum Abgeordneten auf, zum 1. Stellvertreter Stadtbaurat Ernst Conrad Peterson, Besitzer von Ziegeleien, ländlichem und städtischem Grundbesitz und einer ansehnlichen Holzhandlung. Von 219 Wahlberechtigten waren 69—71 anwesend. Loewe erhielt 50, Peterson 41 Stimmen, Grunwald fiel durch. 1841 erfolgte dieWahl durch die Stadtverordneten. Von 36 beteiligten sich 28 und ersetzten Goerdel durch den Kaufmann und Ratsherrn Carl August Franke. Da Loewe infolge seines Fallissements ausscheiden mußte, wurde Peterson zum Deputierten ausersehen, 1843 Stadtverordneten-Vorsteher Friedr. Ernst Appelbaum zum 1. Ersatzmann. Aber Peterson unterschrieb damals die eine Verquickung des deutschen Liberalismus mit dem polnischen Nationalismus verkörpernde Landtagsadresse an den König und erregte dadurch einen Sturm der Entrüstung, so daß 1845 Appelbaum ihn verdrängen konnte (1. Stellvertreter nach Ablehnung seitens des Oberlandesgerichtsrats v. Kurnatowski ein gewisser Neumann). 1847 bedurfte es nur einer Mandatserneuerung bei Franke.

In der

Ritterschaft

lagen die Dinge infolge der Vereinigung mit Mogilno schwieriger. Für die 1. Tagung wurden die Polen von Loga und Chmielewski als Vertreter entsendet. Nach dem Warschauer Aufstand feierte aber das erwachte Deutschtum einen Triumph, denn es überwog unter den 6 erschienenen Wählern, die sich auf von Tschepe (Vertreter: Wüstenberg und Fellmann-Jankowo) einigten. Auch 1841 waren von 21 Wählern nur 6 bestimmt Polen und sie unternahmen keinen Oppositionsversuch. Als Sieger gingen unter starker Zersplitterung der jetzt in Bromberg wohnhafte frühere Landrat von Wolański (12 Stimmen), obwohl ihn sämtliche Polen bekämpften, Landgerichtsrat a. D. Brix-Radłowo und Fellmann hervor. 1843 fiel Brix aus und es waren nur Wolański, 2 Deutsche und 1 Pole zur Stelle, die sich alle auf von Moszczeński einigten. Da er hinterher ablehnte und bei der Neuwahl nur je 1 Deutscher und Pole erschienen, kam eine solche nicht zu Stande. Auch 1845 vertrat Wolański den Kreis mit dem 42jährigen von Born als 1. Ersatzmann, da ihn der Monarch auf Fürsprache des Oberpräsidenten von Beurmann von der Bedingung des 10jährigen Besitzes dispensierte. Die wegen verspäteter Insinuation wiederholte Wahl war abermals auf ihn gefallen, nachdem von Moszczeński für Wongrowitz angenommen hatte, und er war patriotisch gesinnt, überall geachtet, vermögend und rüstiger als der subsidär gewählte 64jährige Schoepke, bei dem das gleiche Hindernis obwaltete. In Gewißheit höherer Genehmigung sah der Oberpräsident darum von einer nochmaligen Wahlhandlung ab. 1847 wurde für Wolański der würdigere Fellmann und wieder von Tschepe als Ersatzmann nach Berlin entsendet. — So wunderlich die Geschmacksverirrung der Wahl Wolańskis anmutet, so deutlich ergibt sich aus diesen Resultaten, daß der Wahlbezirk kein Betätigungsfeld für nationalpolnische Bestrebungen war und die Vertreter des ersten Standes die Dinge hauptsächlich vom rein persönlichen Standpunkte aus auffaßten.

Die Landräte.

Die **landrätliche Verwaltung** lag zuerst bei dem Unterpräfekten

von Kloczkiewicz

(Referendar bei der preußischen Regierung, praktisch beim Oberlandesgericht in Warschau tätig, später bei der dortigen Polizeiverwaltung und zuletzt nach Bromberg berufen), der das enorme Gehalt von 1366 Rtrn. bezog (Normalsatz 800 Rtr., in Bromberg 1000) und als sehr mittelmäßig bezeichnet wurde, so daß er nur bei strenger Aufsicht und mit einem sehr brauchbaren Kreissekretär zu halten war. Als der ungewöhnlich zuverlässige und bewährte, für Bromberg oder Inowrazlaw in Aussicht genommene Major

von Grabowski

sich für ersteres entschied, wurde Kloczkiewicz nach Schubin verpflanzt. Grabowskis Tod (11. Februar 1828) fiel in eine Zeit, zu der bei dem bevorstehenden 1. Landtag auf Gewährung einer Kreisordnung und im Zusammenhang damit des kreisständischen Präsentationsrechts gehofft wurde. Schon am 16. Februar baten prompt einige Gutsbesitzer den Monarchen um Einräumung dieser allen übrigen Provinzen zustehenden Befugnis. Friedrich Wilhelm III. erforderte das Gutachten des Ministers des Innern von Schuckmann, aber unter gleichzeitigem Befehl, daß bis zu seiner Entscheidung über eine korrespondierende Landtagspetition die Ernennung von Grabowskis Nachfolger ausgesetzt bleiben sollte. Schuckmann trug schwere Bedenken. Bis zum Ergehen des Landtagsabschiedes und der dann erst möglichen Wahl mußte geraume Zeit verrinnen. Auch in den anderen Provinzen, die soeben durch die Landtagsabschiede das Recht der Landratswahl erhalten haben, wurde bis zu deren Publikation „mit der Wiederbesetzung erledigter Landratsstellen, welche meist ohne Nachteil für den Dienst auf längere Zeit nicht ausgesetzt bleiben kann, ohne vorgängige Wahl fortgefahren“. Es schien an jeder Veranlassung zu fehlen, in Posen anders vorzugehen. Für Bromberg hatten sich viele, aber wenige geeignete Bewerber gefunden, als hauptsächlichster der ehemalige Schatzdirektor von Chmielewski, gegen den die schon von Schuckmann bei seiner eventuellen Berufung zum Generalkommissionspräsidenten erfolgreich geltend gemachten Gründe sprachen. Auch die Regierung und der Oberpräsident waren gegen ihn, während ihn Fürst Sułkowski und andere begünstigten. Schuckmann war im Einklang mit den Provinzialbehörden für eine Versetzung Riedels aus Czarnikau nach Bromberg. Der König blieb aber allen Gründen unzugänglich und ordnete bis zum Bericht des Staatsministeriums die Fortdauer der interimistischen Verwaltung an, die von Kreissekretär Broecker geführt wurde (Schuckmann an die Regierung 5. April 1829). Nachdem durch Reglement vom 29. April die Durchführung der in der Kreisordnung vom 28. Dezbr. 1828 vorgesehenen Wahl im einzelnen geordnet war, fand in Bromberg ein Versuch dazu statt; er mußte wegen formeller Verstöße am 21. Oktober wiederholt werden. Dabei fielen 12 Stimmen auf Hauptmann

Wüstenberg

und 11 auf den in Zdroie ansässigen Regierungssekretär und Translateur von Siciński. Beide hatten angenommen und die Prüfung bestanden. Sicińskis Wähler protestierten gegen Wüstenberg, da er des Polnischen nicht in dem durch § 7 des Reglements vorgeschriebenen Maß mächtig sei; doch war er kurz zuvor auch mit ihrer Zustimmung zum Kreisdeputierten gewählt worden, obgleich auf diese der Paragraph ebenfalls Anwendung fand. Nach einer Erklärung von Wüstenbergs Anhängern bezweckte der Einspruch nur den Ausschluß eines Deutschen. Überdies hatte Wüstenberg beim Examen hinreichende polnische Kenntnisse bewiesen und der Kreis war überwiegend deutsch, das alle Gebildeten, auch sämtliche Protestler, sprachen. Grabowski hatte sein Amt ohne jegliche Kenntnis des Polnischen ausgezeichnet verwaltet. Hiernach ernannte der König Wüstenberg (19. Juni 1830), der zudem tüchtiger Landwehroffizier war, und das Wahlexperiment schien für die Regierung glimpflich verlaufen zu sein.

Leider ließ sich Wüstenberg durch finanzielle Bedrängnis zur Einbehaltung amtlicher Gelder verleiten, was 1837 seine Entfernung unvermeidlich machte, obwohl er sich in Militärgeschäften, Wegebausachen und bei dem Notstand von 1835 bewährt hatte. Nun erbat

Riedel

selbst seine Versetzung auf den von Assessor Kroll provisorisch wahrgenommenen Posten und wurde in der Tat berufen, da das Wahlrecht 1833 suspendiert war. Der tüchtige, aber leichtsinnige Mann hat ihn bis 1847 innegehabt, geriet dann aber gleichfalls auf die schiefe Ebene.

Die wirtschaftliche Lage.

Hinsichtlich der **allgemeinen Kreisverhältnisse** sei vermerkt, daß der Kreis 1835 4 königliche Speicher, 109 Fabriken und Mühlen, davon 12 Wind-, 21 Wasser- und 5 Sägemühlen, 12 Brauereien, 8 Brennereien, 7 Ziegeleien, 1 Kalkbrennerei und 6 Teeröfen, 3 Postexpeditionen, 1 Salzfaktorei und 2 Steuerämter besaß. Beheimatet waren hier 26 Kähne mit 507 Last Tragfähigkeit. Bei der Wiederinbesitznahme 1815, als im Departement noch 94 Stühle von Tuchfabrikanten und Einzeltuchmachern mit 362 Arbeitern liefen, war an jährlichem Umsatz Crone mit 6340 Rtrn. beteiligt (von den übrigen, zum alten Kreis gehörigen Orten, Schubin mit 3000 und Labischin mit 41 562 Rtrn.) Auf dem platten Land war fast die Gesamtbevölkerung auf Ackerbau angewiesen; denn von 5156 Rauchfängen der Dörfer (36 024 Einwohner von 48 778 im Kreis) hatten nur 145 keinen Acker.

Eine Sonderstellung nahm

die Stadt Bromberg

ein. Im Mai 1827 wurde eine Dampfbadeanstalt eröffnet, 1828 war die Straßenbeleuchtung größtenteils wieder hergestellt, und da Schuckmann 4000 Rtr Zuschuß verheißen hatte, hoffte die Bürgerschaft auf Wegräumung der am Markt befindlichen Ruinen. Sehr prekär war

die finanzielle Lage.

Die Kämmereigrundstücke waren unbedeutend. Allerdings hatte die Stadt auch keine eigentlichen Schulden; denn die Passiva wurden durch ausstehende Aktiva gedeckt und nur den Theaterfonds belasteten 4928 Rtr., während über die Kriegsverbindlichkeiten ein Prozeß schwebte (Verwaltungsbericht des Magistrats für 1838). Aber es mußte ein Zuschlag zur Mahl- und Schlachtsteuer von 50 Prozent erhoben werden (Ertrag 1825: 3682 Rtr., 1829 schon 8918, aber 1834 nur 3362). Ferner wurde Bier mit einem gleichfalls außerordentlich schwankenden Kommunalzuschlag belegt (1826: 199 Rtr., 1827: 823, 1834: 556). Den Anspruch der Stadt auf angeblich früher besessene Waldungen wies eine Kabinettsordre vom 18. März 1833 zurück, und nur bei dem seit 1772 nicht bestrittenen Vorrecht des freien Bau- und Brennholzes war der Verjährungseinwand zweifelhaft; auch auf Billigkeitsgründe mußte Rücksicht genommen werden. Die Regierung schlug eine jährliche Abfindung von 1000 Rtrn. vor, weil die dadurch ermöglichte Herabsetzung der Gemeindelasten allen Bürgern eine Erleichterung gewähren konnte. Auf Wunsch des Finanzministers von Maaßen entschied das mit der Beratung betraute Staatsministerium aber für eine einmalige Auseinandersetzung und Abfindung durch das Domänenvorwerk Wtelno und das Solnower Forstrevier (Immediatbericht vom 14. Juni 1834).

Äußerlich sorgte ein Verschönerungsverein (seit 1832) für Pflege der Baumkultur und Anlage von Baumschulen. Im Juni 1834 wurde in Gegenwart des Kronprinzen der Grundstein zu dem neuen Regierungsgebäude gelegt, in dem Flottwell zwei Jahre später die erste Plenarsitzung des Kollegiums eröffnen konnte. Dazwischen war im Juni 1835 das Oberlandesgericht zusammengetreten, nachdem 1817 unter Auflösung des Zivil- und Handelstribunals und Polizeibesserungsgerichts ein Friedensgericht, ein Inquisitoriat und die Landgerichte zu Bromberg und Gnesen eingesetzt waren. Im Dezember 1832 verunglückte der seit 1815 amtierende Polizeidirektor und Bürgermeister Schwede tödlich auf der Jagd, und im März 1840 starb Bürgermeister Böthke. 1843 erlag Prinz August von Preußen in Brombergs Mauern einem Lungenschlag.

Für den Gewerbebetrieb war

der Kanalverkehr

von großer Bedeutung. 1827 fuhren im Juli 141 Kähne zu Berg, 90 zu Tal mit Kaufmannsgut, Mauersteinen, Kalk, daneben 212 Stück Bauholz, 1537 Stück Brettern und Bohlen, 55 Ringe Stabholz, 33 Klaftern Brennholz, im August 160 und 57 Kähne, im September 183 und 51 neben 3002 Balken auf dem Wege nach Stettin. Allein der Verkehr war großen Schwankungen unterworfen und derart günstige Monatszahlen hielten nicht an. Die Hauptartikel, Holz und Getreide, waren von der russischen Zufuhr und dem Ernteausfall abhängig, und der Gesamtbetrieb von der Witterung. Wohl zog sich die Schiffahrt 1841 bis in den Dezember hinein; aber 1829 froren schon im November zahlreiche Getreidefahrzeuge fest, was ein Hauptgrund für das Fallissement des ersten Bromberger Handelshauses gewesen sein sollte. Kostspielige Baggerungen und Schleusenbauten waren unvermeidlich. Die Wechselfälle spiegeln sich auch in der Ungleichheit der Kanalgefälle ab (1828: 12 403 Rtr., 1829 nur 10 722, 1832: 12 706, 1833: 10 977). 1841 erfolgte gegen das Vorjahr ein Rückschlag um 2251 Rtr. 1833 wurden 33 744 Scheffel Weizen und 202 080 Scheffel anderes Getreide verfrachtet, 1833 nur 27 360 und 94 080. An Holz gingen 1839 21 405 Stück Bauholz, 83½ Schock Bohlen und Bretter, 533 Schock Latten zu Tal. Ein empfindlicher Mangel war das Fehlen geeigneter Rückfracht für die Bergfahrten. Ein ungefähres Bild gewährt folgende Übersicht:

Durch die Staatsschleuse fuhren Kähne:

Jahr:	zur Netze:	zur Weichsel:	Zusammen:	dav. leer:
1828:	523	992 (390 leer)	1515	437
1829:	427	724 (281)	1151	300
1832:	577	691	1268	—
1833:	450	675	1165	—
1834:	455	627	1082	—
1835:	549	723	1272	—
1836:	631	927	1558	—
1837:	523	764	1287	—
1838:	531	843	1374	—
1839:	439	553	992	—
1840:	—	—	1651	113
1841:	478	802	1280	329

Hinzu trat der Verkehr weichselabwärts ohne Berührung des Kanals (1832: 261 Kähne; 1833: 228; 1834: 126).

Verhältnismäßig früh wurde der Kreis auch durch Chausseebauten erschlossen, die man bei Notständen erhoffte und deren Bewilligung auf dem Wege Bromberg—Inowroclaw 1839 allgemeine Freude erregte. Dessenungeachtet blieb

die Stimmung des Bromberger Magistrats

wie in solchen Berichten üblich ist, pessimistisch. Er gibt in seinen jährlichen Verwaltungsberichten zu, daß Ziegel-, Bier- und Branntweinfabrikation mit Intelligenz betrieben wurde. Zwei Branntweinbrennereien und zwei Brauereien waren in Gang; doch letztere im Verfall (1840) und unerheblich. Auch der Bezug an fremdem Bier war gering. Die Behörde meinte, Bromberg habe am Beginn der preußischen Zeit (vor 1807) eine ganz andere Rolle gespielt.

Nach 1772 war viel für sie getan worden,

und Bauhilfsgelder regten zur Errichtung massiver Häuser an. Dagegen war das Jahr 1836 der Gewerbetätigkeit nicht günstig gewesen und nur der Getreidehandel von einiger Lebhaftigkeit. Aus der Zunahme der Gewerbetreibenden, die sehr fluktuierten (1838: 44 zu, 21 ab; 1840: 88 zu, 36 ab; 1841: 94 zu, 50 ab; 1842: 75 zu, 32 ab; 1843: 95 zu, 41 ab) dürfte nicht auf ein Gedeihen des Geschäftslebens geschlossen werden. Ein Remontemarkt blieb 1836 ohne Bedeutung (hob sich aber 1838). Die Anträge auf Einrichtung von Wollmärkten fanden lange kein Gehör. Zwar flößten die später von der Seehandlung aufgekauften Herkulesmühlen der Gebrüder Schickler der Stadt Leben ein und besaßen selbst

Absatz nach England und Brasilien

(Juli 1839). Doch der dänische Sundzoll erschwerte die Ostseeausfuhr. Mit der Ölfabrikation machten sie schlechte Erfahrungen, da der Raps stets mißriet. Die 1840 eingerichtete Darre blieb im nächsten Jahr wegen mangelnder Gelegenheit zu Mehlversendungen über See unbenutzt. Der Handel war eben gegen frühere Zeit im Verfall. Die Getreidebranche wurde von Kaufmann Knopf beherrscht, und auch sie ruhte 1841 fast ganz. Die Materialwaren- und Weinhandlungen machten 1842 geringe Geschäfte, beinahe nur am Ort, weil die zahlreichen commis voyageurs aus den alten Provinzen jede kleine Landbestellung besorgten. Doch 1843 gibt selbst der Magistrat zu, daß die Schneidemühlen große Brettermengen für den Versand geliefert hätten, Destillationen, Färbereien, Gerbereien, Maschinenfabriken, Kupfer- und Eisenschmieden mit sehr gutem Erfolg betrieben wurden. So ist doch

ein neuer Aufschwung

unverkennbar.

Auch der Durchgangsverkehr in Wolle war bereits 1837 beträchtlich obwohl die Tuchmacherei fast erloschen war. Während die Jahrmärkte versumpften, gediehen die Wochen- und Viehmärkte. Auf den ersteren war in der Folgezeit eine dauernde Steigerung zu beobachten.

Ähnliche Veränderungen weisen die Regierungsberichte nach. Nach der Mißernte im Jahre 1822 gab ein guter Ertrag 1823 nur dem Wunsch nach staatlicher Preisregulierung durch Magazinankäufe Nahrung. Der Getreideabsatz konzentrierte sich in Bromberg und Schulitz, der Schweinehandel in Krone.

Einen heftigen Rückschlag brachte 1831 **die Cholera** mit ihren Absperrungsmaßnahmen und der Jahrmarktsaufhebung. Die Abgaben gingen weiter; aber der Verkehr starb bei der Grenzschließung durch einen bei dem hohen Getreidepreise viel zu dünnen und darum zwecklosen Militärkordon ab. Auch das Jahr 1833 zeichnete sich durch völlige Stockung aus, die nur 1834 durch eine Mißernte in Rußland behoben wurde. Diese

Abhängigkeit von rasch wechselnden Konjunkturen

versetzte 1837 durch Zusammenbruch des Loeweschen Hauses dem Handel einen harten Stoß. Im Jahre 1839 bekannte das Kollegium resigniert: „Landeskultur und Wohlstand wollen sich trotz vereinzelter Anläufe nicht heben; aber schon im September mußte es hohe Güter- und Getreidepreise registrieren. Die Ernte war mittel bis gut, und der Landmann gedieh. Nach Abbürdung der Regulierungskosten war eine noch bessere Entwicklung des Bauernstandes vorauszusehen. Den Tagelöhnern verschaffte rege Bautätigkeit Erwerbsgelegenheit (allein in Bromberg 1840: 13 1839: 14, aber 1838 und 1841 je 38 neue Gebäude.) Schlimm war es nur um die armen Gewerbetreibenden bestellt. Noch 1844 machte sich infolge schwindelhafter Versprechungen

lebhafte Auswanderung nach Kongreß-Polen

bemerkbar, flaute aber bald ab, da viele Emigranten enttäuscht wurden. Immerhin war es ein Zeichen für das allgemeine Vertrauen zu der Entwicklung der Provinz, deren Nöte die Regierung nach der Übergangszeit durch ihre Fürsorge behoben hatte, daß im Juli 1832 ihre Pfandbriefe bereits 99¼ gegen 97¾ Prozent der westpreußischen notierten.

Das alte Märchen vom preußischen Militarismus.

Ganz wesentlich hatte hierzu der Umstand beigetragen, **daß Preußen seine Maßnahmen vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet traf, dagegen die Staatseinnahmen nur zum allergeringsten Teil für Rüstungszwecke verwendete.** Demgemäß wurde die Armee nur in schwachem Maß zur Stärkung des deutschen Elements benutzt. 1820 erfolgte zwar die Kreiseinteilung in Kompagniebezirke, aber 1819 wurden im Departement nur 550 Mann, davon 87 zur Garde, ausgehoben im Gegensatz zu außerordentlich hohen Rekrutierungen in Polen.

Das alte Märchen von der zwangsweisen Germanisierung.

Völlig fremd war den Behörden der Wunsch nach Ausnutzung des Domänenbesitzes als politischem Druckmittel. Vielmehr erfolgte seine Verwendung lediglich im Interesse des Gemeinwohls und gerade auf ihm erwuchs am frühesten ein kräftiger polnischer Bauernstand, **ein schroffer Kontrast zu der gegenwärtig unter der Firma der „Agrarreform“ von der polnischen Verwaltung beliebten Praxis.**

Siedlungen und Siedler.

Vielfach wird aber überhaupt bei Kolonien vermerkt, daß Wohlstand und Sittlichkeit der Siedler nicht gerade glänzend seien und an mehreren Orten geradezu Armut herrsche. An solchen Kolonien wurden 1844 folgende aufgeführt:

Polizeidistrikt Bartelsee: Acht Kolonien, vor 1806 angelegt, nur deutsche Wirte, und Schröttersdorf, dicht bei Bromberg, 1818 vom Fiskus, 8 Deutsche; Distrikt Nr. 4 (Distriktskommissar Schrader): 7 Stück, 2 von Friedrich d. Gr., 1 von v. Chmielweski (Chmielowo, 20 Stellen zu ziemlich gleichen Teilen an Deutsche und Polen vergeben), 3 von Graf Potulicki um 1815, überwiegend an Deutsche ausgetan (Kazmirowo ganz deutsch, Louisendorf und Josephin gemischt), 1 von Graf Bniński-Samostrzel (Witoldowo, 16 Deutsche, 10 Polen).

Polizeidistrikt Crone a. B.: 4 Kolonien. Cierplewo 1829 von der Regierung (19 Deutsche, 11 Polen), Boethkenwalde 1838 vom Magistrat Bromberg (27 Deutsche, 2 Polen), Olszewko (11 D., 6 P.), und Okole (21 D., 8 P.) von Privatleuten.

Polizeidistrikt Okole: 3 Kolonien. Prondy (6 D., 4 P.) 1796 von der Stadt Bromberg, Czyszkówko (20 D.) und Kanalkolonie A (23 D.) vor 1806 angelegt.

Polizeidistrikt Zolondowo: 6 Kolonien, 5 von Privatleuten und 1 von der Gemeinde Czarnowke, zusammen 55 D. und 29 P.

Man ersicht, daß der Fiskus nach 1815 nur wenig an dem Kolonisationswerk beteiligt war und sich nicht auf Seßhaftmachung von Deutschen beschränkte, wie auch der Bromberger Magistrat die Polen nicht ausschloß, während hingegen polnische Gutsbesitzer gerade Deutsche bevorzugten.

Kirchliche Verhältnisse.

Die **religiöse Versorgung** des Kreises geschah unter Benachteiligung gerade der deutschen Einsassen durch 16 katholische und nur 3 evangelische Kirchensysteme, und 2 Synagogen. Erst Ende 1834 war der Plan der erforderlichen durchgreifenden Regulierung der evangelischen Parochialverhältnisse auf dem Papier fertig. Manche Systeme hatten sich überstark ausgedehnt. Nach dem gesammelten Material waren außer Wirsitz 12 neue Parochialeinrichtungen nötig, „wenn nur einigermaßen genügend für das religiöse Bedürfnis der stets überwiegenden evangelischen Einwohner gesorgt werden soll“, und unter den künftigen Pfarrgemeinden würde wohl keine unter 1000, einige selbst über 3000 Seelen haben. Natürlich wurde die katholische Kirche nicht vernachlässigt. Da die Baufonds nicht reichten, wurde der Kultusminister allein für 1835 um 7000 Rtr. Zuschuß gebeten.

Soziale Fürsorge.

Auf **sanitärem Gebiet** gab es ohne die Hauptstadt 3 Hospitäler, 2 Apotheken und 4 Ärzte. Das Bromberger Krankenhaus mit 8—12 Insassen war noch 1830 die einzige öffentliche derartige Anstalt im Regierungsbezirk. Nach Einführung der Kreisordnung wurde zwar den Kreistagen der Vorschlag zur Errichtung von Kreislazaretten gemacht, doch zunächst erfolglos. Die für Kommunalbedürfnisse jährlich aufzubringenden 6—7000 Rtr. hatten anscheinend die Opferwilligkeit restlos erschöpft. Für die Stadt Bromberg war die Belastung mit

Wohlfahrtsausgaben

ungeheuer hoch. Die Stadt wirtschaftete nach folgendem Etat (in Rtrn.):

	Soll-Einnahm.	Reste	Zus.	Wirkliche Einnahm.	Von den Resten	Zus.	Rest geblieb.	Soll-Ausgab.	Wirkliche Ausgab.	Erspart
1837	14 658	4659	19 317	12 670	1169	13 839	5 477	15 250	13 598	1652
1843	35 698			19 932			15765	18 520	17 942	578

Die Einnahmen der Armenkasse beliefen sich 1837 auf 2437 Rtr., 1838 auf 2996 Rtr. und stiegen nach manchen Wechselfällen 1843 auf 3499. Erhalten mußte die Stadt neben dem Krankenhaus, das für über 30 Betten Raum bot, ein Hospital (Ende 1836: 24 Insassen, Ende 1837: 28) und eine Waisenanstalt (Ende 1836: 34 Kinder, 1837: 21). Da 1837 zu den Kosten des Krankenhauses von 1178 Rtrn. die Kranken nur 656 beitrugen, schoß die Armenkasse 522 Rtr. zu (1843: 490 von 1076 Rtrn. Gesamtkosten). Der Krankenbestand am Jahresschluß war 28, der des Hospitals 25, der Waisenanstalt wieder 21.

Schulwesen.

An Schulen waren im Kreis 1835: 38 evangelische, 22 katholische und 2 jüdische, also 62 mit 67 Lehrern und rund 5000 Kindern vorhanden. Dazu kam die Hauptstadt mit ihrem Gymnasium, einem Töchtererziehungsinstitut und mehreren (bis zu 6) Privatanstalten. 1841 wurden 2 neue zweiklassige Schulen eröffnet, wofür 2 Armenschulklassen eingingen. Im Durchschnitt zählte der Ort damals 1015 Schulkinder ohne Gymnasium, gegen das Vorjahr 237 mehr. Aber 1837 waren es bereits 1076 gewesen (949 in den Stadt-, 92 in christlichen Privat- und 35 in jüdischen Schulen). Als Grund für die niedrige, 1840 sogar auf 776 heruntergegangene Frequenz gab der Magistrat den wohlfeileren Besuch auswärtiger Dorfschulen durch Stadtkinder und die erst für 1841 geplante Durchführung des unbedingten Schulzwangs an; denn bisher hatten viele Eltern, zumal im voraufgegangenen langen Winter ihre schlecht bekleideten Kinder willkürlich zurückgehalten.

Der Schulgeldanteil der Lehrer war bereits 1839 in ein Fixum verwandelt worden. Die Unterhaltung der drei städtischen Anstalten erforderte 1843: 6297 Rtr., so daß die Kommune bei einer Schulgeldeinnahme von 2040 Rtrn noch 4137 Rtr. aufbringen mußte. Eine Handwerkersonntagsschule fand keinen rechten Anklang. Sie **wurde dann mit dem Schullehrerseminar in Verbindung gebracht.** Dessen Tätigkeit ergänzte mit gutem Erfolg Prediger Ewald in Fordon durch sein Hilfsseminar (1826: 15 Zöglinge), was ihm eine kgl. Belobigung einbrachte. 1831 wurde gerühmt, daß Peterson auf eigene Kosten auf seinem Vorwerk Czyszkowo eine Schule erbaut hatte. Als Mangel rügte die Regierung die Überheblichkeit der häufig zu jungen Lehrer, die sich nicht der Aufsicht des Gemeindeschulvorstandes unterwerfen wollten, doch ließ sie ihre unzureichende Besoldung als Milderungsgrund gelten.

Über die Förderung des Schulwesens im allgemeinen wird 1832 berichtet, daß 41 bisher von jeder Unterrichtsmöglichkeit ausgeschlossene Ortschaften eingeschult waren. 12 Schulhäuser wurden erbaut, 21 ausgebessert, wozu die Staatskasse 2486 Rtr. hergegeben hatte. 19 Schullehrerstellen hatten aufgebessert werden können, davon 10 mit staatlichen Bewilligungen von 300 Rtrn. Bei der Bauernregulierung wurden in 26 Orten 160 Morgen als Landdotation ausgeschieden und vorläufig verpachtet, wo die Mittel zur Schulgründung noch fehlten.

Die evangelischen Seminare in Bromberg und Fordon hatten je 11 Zöglinge entlassen, das katholische Hilfsseminar in Tremessen 12; 4 kamen aus Posen. Methodologische Lehrkurse zur Förderung schwacher Pädagogen wurden wie stets abgehalten. Die Klage über geringe Vorbildung der Kinder (vgl. Nr. 260) wird fast wörtlich wiederholt. Dazu kam die sprachliche Hemmung, die die deutschen Kinder aber härter traf, da die polnischen leichter deutsch lernten als umgekehrt. So hielt sich der Unterricht auf der elementaren Stufe, zumal der Schulbesuch zu wünschen ließ. Die Eltern hatten selbst keine Schule gekannt. Ihre Armut verbot oft die Einziehung der Versäumnisstrafen. Häufig mangelte es den Kindern an nötiger Kleidung. Unter solchen Umständen sind die Leistungen der Verwaltung geradezu bewundernswerte.

Die politische Lage.

Hinsichtlich der allgemeinen politischen Zustände lesen wir in den Zeitungsberichten der Regierung die stehende Wendung: „Die Stimmung der Einwohner des hiesigen Departements in bezug auf die Regierungsverfassung ist nach den uns vorliegenden Berichten der landrätlichen Behörden fortwährend gut und gibt zu keinen besonderen Bemerkungen Veranlassung (Juni 1832, April 1833 usw.) Wo Störungen der öffentlichen Ruhe vorkamen wie im Juni 1833 in Wissek, Kr. Wirsitz, bei Gelegenheit einer Prozession oder in Gollantsch bei Aufhebung der Klosterkirche, handelt es sich um spontane Ausbrüche konfessioneller, nicht nationaler Art. Der Widerhall des

Warschauer Novemberaufstandes

war in dem deutschen Kreis natürlich schwach. An dem Kontingent der etwa 468 im Regierungsbezirk Ausgetretenen war der Kreis Bromberg mit 23 beteiligt, darunter 6 Beamte (4 Subalterne des Landgerichts, Landgerichtsreferendar P. von Laskowski und Propst Stanislaw Sachtleben, der Mittelpunkt der polnischen Bewegung am Ort), ein Soldat, 4 Militärpflichtige und die Gutsbesitzer Graf Potulicki und der früher in Ostpreußen ansässige Nap. von Czapski. Letzterer pflegte bei Sachtleben abzusteigen, war aber im Herbst nach Paris geeilt, ohne daß sich im Oktober Spuren seiner erwarteten Rückkehr finden ließen. Auch von Berlin wurde scharf auf ihn vigiliert, ebenso von Warschau her mitgeteilt, daß man ihm den Eintritt in Polen auf keinen Fall gestatten würde. Potulicki wurde später zu 6 Monaten Festung und Vermögenskonfiskation verurteilt, aber von Friedrich Wilhelm III. völlig begnadigt.

Wenig bekannt ist bisher die Tatsache, daß während des Aufstandes aus Kongreßpolen bis Mitte April 1831 fast 500 Leute, zumeist evangelische Deutsche und Juden, Tuchmacher, Leinweber, Handwerker, aber auch Knechte und Tagelöhner

nach der Provinz Posen flüchteten

und sich vereinzelt bei den Landräten und Magistraten, zumeist aber bei der Posener Kommandantur oder den provisorisch in Pleschen und Gnesen eingesetzten Polizeidistriktsdirektoren meldeten. Sie verließen ihre Heimat aus Furcht vor dem polnischen Militärdienst oder wegen vielfacher Drangsalierung.

Über den später im Kreise herrschenden Geist berichtet Riedel anläßlich des Landtagsabschieds von 1841: Die Polen fühlen sich schmerzlich berührt durch die ernst vermahnenden Eingangsworte. Alles andere tritt dahinter zurück, so die Klage über Verweigerung des landrätlichen Präsentationsrechts, die hohen Gerichtskosten, Güterankäufe usw. Aber nur die Gebildeten haben den Sachverhält verfolgt. Die Deutschen sind hingegen befriedigt, doch schimpfen ihre Gutsbesitzer noch mehr als die polnischen über die Einrichtung des Distriktskommissariats, dessen Aufhebung sie gern sehen würden. — So stark war also noch das ständische Interesse, daß dahinter die nationalen Notwendigkeiten verschwanden.

Im Jahre 1846 wurde die Bromberger Gegend besonders intensiv seitens der Aufständischen bearbeitet und

ein mehrseitiger Angriff auf die Stadt vorbereitet.

Es gelang auch, in dem Böttchermeister A. Woyciechowski am Ort und in dem Gutsbesitzer Leop. von Mieczkowski-Niecifzewo auf dem Land eifrige Teilnehmer zu gewinnen. Auch Vikar Jankowski von der katholischen Pfarrkirche war am Aufstand führend beteiligt. Aber es handelte sich immer nur um Einzelerscheinungen, wie die Berichte der Regierung an das Ministerium des Inneren vom 10. und 21. März deutlich kund tun. Hier heißt es: Seit Ende Februar hat sich der politische Zustand des Departements nicht wesentlich geändert. Die Aufstände in Krakau und Galizien, namentlich ihr anscheinend zuerst so günstiger Fortgang, der Rückzug der Österreicher und die Einsetzung einer polnischen Nationalregierung konnten allerdings die Hoffnung der Empörer für den Augenblick heben. Wir erwarteten jedoch nicht, daß sich daran umfassende ernstliche Auftritte gegen die öffentliche Ordnung knüpfen würden, nachdem es jedermann klar geworden war, daß die Behörden in Verbindung mit dem zur Tat bereiten Willen der treuen Einsassen streng jedem aufrührerischen Beginnen sofort entgegentreten würden.

Die guten Zeichen der Treue

aus der Mitte des Bauernstandes mehren sich und schwer wird es sein, namentlich den regulierten bäuerlichen Einsassen zu einem nationalen Zweck gegen die bestehende Ordnung zusammenzubringen, wenn nicht Mittel gefunden werden, seinen religiösen Fanatismus anzuregen, ein Beginnen, um deswillen wir nicht ohne Besorgnis sein konnten, dem jedoch für alle Zukunft zu begegnen die Staatsgewalt sicherlich vermag, wenn sie es mit Energie ergreift und festhält, was sicher zum Ziele führen wird ... Die Beruhigung der so lange in Spannung gehaltenen Gemüter scheint immer weitere Fortschritte zu machen, je mehr sie sich mit der Überzeugung befreunden, daß der Wille des Gouvernements mit konsequentem Ernst den unruhigen Elementen dauernd entgegentreten wird. Fortgesetzt erhalten wir Beweise davon, daß wir uns namentlich auf die Treue der regulierten polnischen Bauern dauernd Hoffnung machen können.

Wirtschaftliche Rundschau.

Aktienmarkt.

Posener Börse vom 9. Febr. Festverzinsliche Werte: 5proz. Konvers.-Anleihe 65,75 B. 8proz. Doll.-Br. der Pos. Landsch. 92,75 G. 4proz. Konv.-Anl. der Pos. Landsch. 51,50 B. 6proz. Rogg.-Br. der Pos. Landsch. 28,00 B. Tendenz: unverändert. — Industrieaktien: P. Bank Ziemian 92,00 G. Centr. Skór 46,00 G. C. Hartwig 40,00 G. Herzfeld-Viktorius 47,00 G. Lubań 95,00 B. Dr. Roman May 106,5 G. Unja 21,30 G. Zw. Ctr. Masz. 100 G. Tendenz: unverändert. (G. = Nachfrage, B. = Angebot, + = Geschäft, * = ohne Umsatz.)

Geldmarkt.

Der Wert für ein Gramm reinen Goldes wurde gemäß Verfügung im „Monitor Polski" für den 10. Februar auf 5,9244 Zloty festgesetzt.

Der Zloty am 9. Februar. Danzig: Ueberweisung 57,54 bis 57,68, bar 57,58—57,72, Berlin: Ueberweisung Warschau 46,90—47,10, Posen 46,925—47,125, gr. 46,80—47,20, Riga: Ueberweisung 59,00, Newyork: Ueberweisung 11,25, London: Ueberweisung 43,42, Zürich: Ueberweisung 58,25, Czernowitz: Ueberweisung 18,15, Budapest: bar 64,10—64,40, Mailand: Ueberweisung 212,75, Prag: Ueberweisung 377,50.

Warschauer Börse vom 9. Februar. Umsätze. Verkauf—Kauf. **Belgien** 124,15, 124,46 — 123,84, **Belgrad** —, **Budapest** —, **Bukarest** —, Oslo —, Helsingfors —, Spanien —, Holland 359,00, 359,90 — 358,10, Japan —, Kopenhagen —, London 43,43½, 43,54 — 43,33, Newyork 8,90, 8,92 — 8,88, Paris 35,03¼, 35,12 — 34,94½, Prag 2641½, 26,48 — 26,35, Riga —, Schweiz 171,45, 171,88 — 171,02, Stockholm —, Wien 125,50, 125,81 — 125,19, Italien —.

Amtliche Devisennotierungen der Danziger Börse vom 9. Februar. In Danziger Gulden wurden notiert: Devisen **London** 25,015 Gd., —,— Br., **Newyork** —,— Gd., —,— Br., **Berlin** 122,37 Gd., 122,67 Br., **Warschau** 57,54 Gd., 57,68 Br. Noten: **London** —,— Gd., —,— Br., Newyork —,— Gd., —,— Br., Berlin —,— Gd., —,— Br., Polen 57,59 Gd. 57,72 Br.

Züricher Börse vom 9. Februar. (Amtlich.) **Warschau** 58,25, **Newyork** 5,1992½, London 25,33⅛, Wien 73,20, Italien 27,51, **Belgien** 72,38, **Budapest** 90,85, **Helsingfors** 13,10, **Sofia** 3,74½, **Holland** 209,37½, **Oslo** 138,30, **Kopenhagen** 139¼, **Stockholm** 139½, **Spanien** 88,55, **Buenos Aires** 2,22¼, **Tokio** 2,43¾, **Bukarest** 3,19½, **Athen** 6,90, **Berlin** 124,00, **Belgrad** 9,13½, **Konstantinopel** 2,63, **Paris** 20,42¼, **Prag** 15,41.

Die Bank Polski zahlt heute für: 1 Dollar, gr. Scheine 8,85 Zl., do. kl. Scheine 8,84 Zl., 1 Pfd. Sterling 43,244 Zl., 100 franz. Franken 34,876 Zl., 100 Schweizer Franken 170,678 Zl., 100 deutsche Mark 211,796 Zl., 100 Danziger Gulden 172,654 Zl., tschech. Krone 26,298 Zl., österr. Schilling 124,94 Zl.

Berliner Devisenkurse.

Offiz. Diskontsätze	Für drahtlose Auszahlung in deutscher Mark	In Reichsmark 9. Februar Geld	Brief	In Reichsmark 8. Februar Geld	Brief
—	Buenos-Aires 1 Pes.	1.790	1.794	1.789	1.793
—	Kanada . . 1 Dollar	4.180	4.188	4.180	4.188
5.48%	Japan . . . . 1 Yen.	1.963	1.967	1.964	1.968
—	Konstantin 1 trk. Pfd.	20.937	20.977	20.927	20.967
—	Kairo . . . 1 äg. Pfd.	2.122	2.125	2.120	2.124
4.5%	London 1 Pfd. Sterl.	20.408	20.448	20.403	20.443
4%	Newyork . . 1 Dollar	4.1890	4.1970	4.1875	4.1955
—	RiodeJaneiro 1 Milr.	0.503	0.505	0.503	0.505
—	Uruguay 1 Goldpes.	4.276	4.284	4.276	4.284
4.5%	Amsterdam . 100 Fl.	168.61	168.95	168.71	169.05
10%	Athen	5.503	5.505	5.544	5.556
4.5%	Brüssel-Ant. 100 Frc.	58.305	58.425	58.30	58.42
6%	Danzig . . 100 Guld.	81.57	81.73	81.57	81.73
6%	Helsingfors 100 fi. M.	10.55	10.57	10.547	10.567
7%	Italien . . . 100 Lira	22.165	22.205	22.17	22.21
7%	Jugoslavien 100 Din.	7.353	7.372	7.361	7.375
5%	Kopenhagen 100 Kr.	112.11	112.33	112.10	112.32
8%	Lissabon . 100 Esc.	19.68	19.72	19.68	19.72
6%	Oslo-Christ. 100 Kr.	111.44	111.66	111.38	111.60
3.5%	Paris . . . . 100 Frc.	16.45	16.49	16.45	16.49
5%	Prag . . . . . 100 Kr.	12.413	12.433	12.408	12.428
3.5%	Schweiz . . 100 Frc.	80.565	80.725	80.55	80.71
10%	Sofia . . . 100 Leva	3.030	3.036	3.027	3.633
5%	Spanien . . 100 Pes.	71.31	71.45	71.33	71.47
3.5%	Stockholm . 100 Kr.	112.38	112.60	112.35	112.57
6.5%	Wien . . . . 100 Kr.	58.975	59.095	58.96	59.08
6%	Budapest . . . Pengö	73.21	73.35	73.21	73.35
8%	Warschau . . 100 Zl.	—.—	—.—	46.975	47.175

Produktenmarkt.

Getreide. Kattowitz, 9. Februar. Es wurden folgende Preise für 100 Kg. gezahlt: Weizen für Export 50—51, für Inland 48—49, Roggen für Export 50,50—51, für Inland 42—43, Hafer für Export 42—43, für Inland 38—39, Gerste für Export 49—51, für Inland 43—44. Franko Station des Abnehmers: Leinkuchen 50—52, Sonnenblumenkuchen 47—48, Weizen- und Roggenkleie 28,50—29,50. Tendenz: schwach.

Berliner Produktenbericht vom 9. Februar. Getreide und Oelsaat für 1000 Kg., sonst für 100 Kg. in Goldmark. Weizen märk. 224—227 (74,5 Kilogr. Hektolitergew.), März 251,50, Mai 259,50, Juli 264. Roggen märk. 228—232 (69 Kg. Hektolitergew., März 252,25, Mai 259,50, Juli 250,50. Gerste: Sommergerste 220 bis 270,00. Hafer märk. 202—213. Mais 219—221 (zollbegünst. Futtermais). Weizenmehl 28,50—32,75. Roggenmehl 29,40—32,85. Weizenkleie 15,25—15,30. Roggenkleie 15,25. Raps 345—350. Viktoriaerbsen 48-55, kleine Speiseerbsen 32 bis 35, Futtererbsen 21 bis 22. Peluschken 20—21, Ackerbohnen 20—21, Wicken 21—23, Lupinen, blau 14,00—14,75, Lupinen, gelb 15,50—16,00. Serradella, neue 20,50-23,50. Rapskuchen 19,75—19,90, Leinkuchen 22,00 bis 22,20. Trockenschnitzel 12,90—13,00. Soyaschrot 21,00—21,50, Kartoffelflocken 23,80—24,40.

Tendenz für Weizen schwach, Roggen kaum stetig.

Materialienmarkt.

Metalle. Warschau, 9. Februar. Es werden folgende Orientierungspreise in Zloty je Kg. notiert: Banka-Zinn in Blöcken 13,75, Hüttenblei 1,25, Hüttenzink 1,42, Zinkblech (Grundpreis) 1,60, Antimon 3, Hüttenaluminium 5,10, Kupferblech (Grundpreis) 4,35, Messingblech 3,60—4,50.

Berliner Metallbörse vom 9. Februar. Preis für 100 Kilogr. in Gold-Mark. Elektrolytkupfer (wirebars), prompt cif. Hamburg, Bremen oder Rotterdam 135,00, Remalted-Plattenzink von handelsüblicher Beschaffenheit —,—. Originalhüttenaluminium (98/99%) in Blöcken, Walz- oder Drahtbarren 210, do. in Walz- oder Drahtbarren (99%) 214, Reinnickel (98—99 %) 350. Antimon-Regulus 95,00—100,00. Feinsilber für 1 Kilogr. fein 78,00—79,00.

Edelmetalle. Berlin, 9. Februar. Silber 0,900 in Stäben 78—79 Mark je Kg., Gold im freien Verkehr 2,80—2,82 das Gramm, Platin das Gramm 10—11,50 Mark.

Konkurse.

Über das Vermögen der Firma Wladislaw Dziurla i Ska. in Bromberg und deren Inhaber Wl. Dziurla, Theaterplatz 3, wurde am 6. d. M. das Konkursverfahren eröffnet. Konkursverwalter ist Kasimir Kaczmarek, Brückenstraße (Mostowa) 6. Ansprüche sind bis zum 29. d. M. im hiesigen Kreisgericht anzumelden. Gläubigertermine finden daselbst am 5. und 13. März d. J. statt. Der Firma Dziurla gehörende Sachen oder ihr schuldige Summen sind bis spätestens 20. Februar d. J. anzumelden.

Wasserstandsnachrichten.

Wasserstand der Weichsel am 9. Februar:

Krakau	— 2,20 — (—)	Graudenz . . .	+ 1,05 + (1,08)
Zawichost . . .	+ 1,26 + (1,19)	Kurzebrak . . .	+ 1,31 + (1,34)
Warschau . . .	+ 1,48 + (1,54)	Montau	+ 0,85 + (0,92)
Plock	+ — + (1,84)	Piekel	+ 0,74 + (0,79)
Thorn	+ 1,65 + (1,69)	Dirschau	+ 0,30 + (0,34)
Fordon	+ 0,93 + (0,93)	Einlage	+ 2,20 + (2,04)
Culm	+ 0,80 + (0,86)	Schiewenhorst	+ 2,30 + (2,20)

(Die in Klammern angegebenen Zahlen geben den Wasserstand vom Tage vorher an.)

Eisbericht vom 9. Februar:

Eisverhältnisse und Aufenthaltsort der Eisbrecher unverändert.

Polnische Anregung.

Den Deutschen in Polen zur Nachahmung empfohlen!

In der „Gazeta Olsztyńska“, dem Organ der Polen in Allenstein, äußert ein „Ermländer“ nachträgliche Neujahrswünsche:

„Liebe Leser und Leserinnen der „Gazeta Olsztyńska“! Ich grüße euch alle mit dem altpolnischen Gruß „Gelobt sei Jesus Christus!“ und wünsche euch Gesundheit und Wohlergehen im neuen Jahre. Wie im vergangenen Jahre, so bringt uns die Zeitung Nachrichten darüber, was in der weiten Welt passiert, und wird es auch in diesem Jahre tun. Aber das genügt nicht, meine lieben Leser, daß uns nur das interessieren soll, was in Berlin oder sonstwo geschieht; vor allen Dingen müssen wir dafür Interesse fassen, was in Ermland, im Weichselgebiet und in Masuren vor sich geht. Vor allem davon sollten wir Kunde haben. Wie soll das geschehen?

Nun, wir müssen der Zeitung Korrespondenzen zuschicken, und zwar nicht so, daß nur ein oder zwei Leser aus dem ganzen Kreise zweimal im Jahre etwas schreiben. Früher war es anders. Da konnte man fast in jeder Nummer etwas aus seinem Dorfe und der Umgegend lesen. Heute aber ist da eine solche Gleichgültigkeit, daß niemand sich der kleinen Mühe unterziehen will, ein paar Zeilen für unser Blatt zu schreiben. Aus jedem Dorfe müßte mindestens einer jeden Monat etwas Interessantes berichten, jeder müßte wie beim Arzt seine Sorgen und Gebrechen, vor allem aber freudige Ereignisse schildern. Die Zeitung soll kein Leierkasten sein, der immer auf dieselbe Note eingestellt ist; die Zeitung kann sich nicht verbessern, wenn sie von ihren Lesern nicht genügend unterstützt wird. Bemühen wir uns also, liebe Leser, in diesem neuen Jahre darum, mit ganzer Kraft unser einziges polnisches Blatt in Ostpreußen zu unterstützen. Achten wir nicht auf die mannigfachen Hindernisse und Schwierigkeiten (!), die uns in den Weg gelegt werden. **Wie die Soldaten um ihren Führer geschart, sollten wir mannhaft für unsere Zeitung einstehen, die seit Jahrzehnten um unsere teuersten Schätze, die uns von Gott gegeben sind, um den heiligen Glauben und um die Muttersprache kämpft und auch in Zukunft kämpfen wird. Der Kampf kann nur dann ein glückliches Ende haben, wenn wir nicht den Mut verlieren und uns nicht in den Winkeln verborgen halten wie Feiglinge, sondern wenn wir fest und mannhaft in der Hoffnung auf eine bessere Zukunft das unsere tun. Das walte Gott!“**

Juristische Rundschau.

Reorganisation des Gerichtswesens.

In Nr. 12 des „Dziennik Ustaw“ vom 7. Februar ist die seit langer Zeit angekündigte Verordnung des Staatspräsidenten über die Gerichtsverfassung erschienen. Die Verordnung führt u. a. Schwurgerichte auf dem ganzen Gebiet des Staates ein und sieht die Wählbarkeit der Friedensrichter vor. Die Berufungsinstanz für Urteile der Friedensgerichte sind die Burggerichte (bisher Kreisgerichte), die außerdem die erste Instanz in einer Reihe von Sachen sind. Die folgenden Instanzen sind: die Bezirksgerichte, die Appellationsgerichte und das Oberste Gericht.

Die Verordnung, die am 1. Januar 1929 in Kraft treten soll, bestimmt, daß die Versetzung des Richters an einen anderen Dienstort grundsätzlich nur mit dessen Einverständnis erfolgen kann; sie läßt aber eine Reihe von Ausnahmen von diesem Grundsatz zu, was in interessierten Kreisen viele Stimmen des Protestes hervorgerufen hat.

Rundschau des Staatsbürgers.

Die Steuern im Februar.

Nach einer Bekanntmachung des Finanzministeriums in Warschau sind im Februar folgende Steuern fällig:

1. Bis zum 15. Februar die erste Rate der Grundstückssteuer für 1928,
2. im Laufe des Monats die städtische und ländliche Immobiliensteuer für das vierte Vierteljahr 1927,
3. die Wohn- und Lokalsteuer für das vierte Jahresviertel 1927,
4. bis zum 15. Februar die Gewerbesteuer von dem im Monat Januar erzielten Umsatz bei den Handelsunternehmen der 1. und 2. Kategorie, sowie von Industriebetrieben der 1.—5. Kategorie, die vorschriftsmäßige Bücher führen, und
5. die Einkommensteuer von den Dienstbezügen, Gehältern, Pensionen usw., die binnen sieben Tagen nach Abzug an die Finanzämter abgeführt werden muß.

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unsern Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit zugesichert.

Bromberg, 10. Februar.

Wettervoraussage.

Die deutschen Wetterstationen künden für Osteuropa Bewölkung und Abkühlung an.

Steuersorgen.

Dunkel ist die Zukunft Brombergs. Das hörte man aus den Reden heraus, die gestern im Stadtparlament zur Frage des Kommunalzuschlages zur staatlichen Gewerbesteuer gehalten wurden. Diese Angelegenheit war nun schon zum dritten Mal auf der Tagesordnung. Es ist auch eine wichtige Angelegenheit; denn wird diese Steuer in der vom Magistrat beantragten Höhe entrichtet, so steht im Budget auf der Einnahmeseite eine Summe von 400 000 zł! Also: Brombergs Zukunft ist dunkel — weil man keine Steuern zahlen will, sagt der Vize-Stadtpräsident Dr. Chmielarski. Brombergs Zukunft ist dunkel — weil man zu hohe Steuern zahlen soll, sagen die Vertreter der Kaufmannschaft. Und Brombergs Zukunft ist dunkel — weil die Mieten zu hoch sind, meint ein Dritter. Das hat zwar mit der besprochenen Angelegenheit nichts zu tun, aber der betreffende Redner kandidiert auf eigener Liste zum Sejm als Vertreter der Mieter!

Der Vize-Stadtpräsident erklärte aber auch, daß die ehemals preußischen Städte so gut gebaut und verwaltet gewesen seien, weil man Steuern zahlte, die östlichen dagegen so wenig schön seien, weil Steuern dort völlig unbekannt waren. Darauf teilte wieder ein Stadtverordneter mit, daß man zwar im Osten auch Steuern gekannt habe, sie seien nur für andere Zwecke verwandt worden! — Also werden wohl nicht nur die Steuern allein die Ursache des Wohlstandes der westpolnischen Städte sein.

Und das Ergebnis dieser lebhaften Aussprache: Die Angelegenheit wurde einstimmig vertagt bis zur Beratung des Budgets.

Erwähnt sei bei dieser Gelegenheit gleich eine Antwort des Magistrats auf eine Interpellation in Steuersachen, worin mitgeteilt wird, daß man mit Exekutionen vorsichtig sein und Gesuche um Aufschub der Steuerzahlung berücksichtigen wird. Eine Nachricht, die gewiß gern von allen Steuerzahlern gehört wird!

Sonst wurden in der Stadtverordnetensitzung nur noch einige Kommissionen durch Wahlen ergänzt. Beschlossen wurde schließlich noch, die vom Bürgerkomitee für Arbeitslose an Sportvereine verliehenen Summen zurückzufordern, desgleichen drei Bilder für den Stadtverordneten-Sitzungssaal anzuschaffen. — An die öffentliche schloß sich noch eine Geheimsitzung an.

---

§ **Der Wasserstand der Weichsel** betrug heute bei Brahemünde + 3,20 Meter, bei Thorn etwa + 1,00 Meter.

§ **Polnische Städtebilder in den Eisenbahnwaggons.** Nachdem sich in den Eisenbahnwagen anderer Länder schon längst Ansichten von charakteristischen Bauwerken oder Landschaften befinden, schickt man sich nun auch in Polen an, diesem Beispiel zu folgen. Die Eisenbahndirektionen sind vom Verkehrsministerium beauftragt worden, in den Waggons der internationalen Züge 120 verschiedene photographische Aufnahmen polnischer Städte, historischer Bauwerke und Landschaften anzubringen.

§ **Ein Pferde- und Viehmarkt** findet am Dienstag, den 14. Februar, auf dem Gelände des Schlachthofes statt.

§ **Holzverkauf.** Die Oberförsterei Bartelsee in Bromberg verkauft auf dem Wege der öffentlichen Versteigerung am 13. Februar 1928 im Restaurant des Herrn Kolaczyk in Walownica bei Hopfengarten (Brzoza), Kreis Bromberg, Nutz- und Brennholz aus allen Förstereien. Händler und Gewerbetreibende sind hierbei ausgeschlossen. Beginn vormittags 9½ Uhr. Verkauf nur gegen Barzahlung.

ln. **Frecher Betrug.** Wegen Betruges hatte sich der Versicherungsinspektor Czesław Lange von hier, Brenkenhoffstraße 6, am Donnerstag vor der ersten Strafkammer des Bezirksgerichts zu verantworten. Der Angeklagte gab vor längerer Zeit in einer hiesigen Zeitung ein Inserat auf, nach welchem er einen Kassierer, der eine Barkaution stellen konnte, zu engagieren suchte. Es meldete sich ein Arbeiter Sikierski, der eine „Kaution“ von 1000 Złoty dem Angeklagten, sowie dessen inzwischen entflohenem Sozius, namens Jungto, übergab. Es wurde kontraktlich ein Monatsgehalt sowie Provisionssätze vereinbart und S. „angestellt“. Da der Engagierte weder Arbeit noch das hinterlegte Geld erhielt, wandte er sich an die Posener Direktion der Versicherungsgesellschaft und erhielt von dort den Bescheid, daß der Angeklagte nicht bevollmächtigt sei, Personal mit Kaution anzustellen. Gleichzeitig lehnte die Direktion jede Verantwortung dem Vertreter und dem Geschädigten gegenüber ab. Der Arbeiter S. erhielt von den 1000 Złoty nur 40 Złoty zurück und ist um seine ganzen Ersparnisse geschädigt worden. — Der Angeklagte ist bemüht, die Schuld seinem entflohenen Kompagnon Jungto zuzuschreiben, indem er angibt, er hätte die Kaution dem J. übergeben, der damit ein anderes Geschäft eröffnete. Zur Eröffnung dieses Geschäfts soll der Geschädigte angeblich sein Einverständnis gegeben haben. Der Staatsanwalt hält die Schuld des Angeklagten für erwiesen; der Geschädigte fiel Betrügern in die Hände, die die sogenannte Kaution für sich verbrauchten. Der Antrag des Staatsanwalts lautete auf acht Monate Gefängnis und drei Jahre Ehrverlust. Der Verteidiger des Angeklagten versucht, die Ausführungen des Staatsanwalts zu widerlegen und hebt hervor, daß es sich nicht um eine Kaution, sondern um eine Anleihe gehandelt habe. Der Antrag des Verteidigers lautete auf Freisprechung. — Das Gericht verurteilte den L. wegen ausgeführten Betruges zu fünf Monaten Gefängnis. Die Kosten des Verfahrens muß L. tragen.

ln. **Bestrafte Diebe.** Wegen eines versuchten Einbruchsdiebstahls sind die Arbeiter Johann Szmelter und Leo Strzyżewski von hier angeklagt. Die Angeklagten überstiegen den Zaun eines hiesigen Grundstücks und versuchten dort, aus einer Miete größere Mengen Kartoffeln zu stehlen. Die beiden wurden von dem Besitzer bei der Ausführung überrascht und versuchten, zu entfliehen. Der Staatsanwalt beantragte je drei Monate Gefängnis; das Gericht verurteilte den S. zu einem Monat, den Str. zu drei Wochen Gefängnis. — Die Aufwärterin Cäcilie Połczyńska von hier stahl ihrem Dienstherrn eine größere Anzahl gebrauchter Briefmarken im angeblichen Sammlerwerte von 8000—10 000 zł (!?). Diese Marken verkaufte sie dann für etwa 200 zł. Die Angeklagte ist geständig und wird zu zwei Wochen Gefängnis, mit Bewilligung einer Bewährungsfrist, verurteilt.

*

Vereine, Veranstaltungen ꝛc.

Wählerversammlung. Auf Grund des § 1 des Gesetzes vom 5. August 1922 betr. Vorwahlversammlungen wird am Freitag, den 10. Februar 1928, abends 8 Uhr, in Bromberg in der „Deutschen Bühne“ eine Vorwahlversammlung stattfinden, in der die Kandidaten für den Sejm, Graebe, Pankratz und Spitzer, sprechen werden. (—) Graebe. (—) Pankratz. (2387

Verein junger Kaufleute E. V. Die Eintrittskarten für den Maskenball am 11. 2. 28 sind ab heute bei Herrn G. Neitzke in Empfang zu nehmen. Besondere Einladungen für die von unseren Mitgliedern eingeführten Gäste ergehen nicht. Die Gastkarten liegen gleichfalls bei Herrn Neitzke zur Abholung bis Sonnabend 7 Uhr bereit, ab 8 Uhr an der Abendkasse, Zivilkasino. Der Vorstand. 2376

Kaninchen- und Ziegenzüchterverein hält am Sonntag, 12. d. M., um 3 Uhr nachm., im Moellerschen Lokal seine Monatsversammlung ab. Da wichtige Punkte auf der Tagesordnung stehen, wird um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder gebeten. (2388

Achtung! **Ben Ali kommt!** Debüt am Sonnabend, 11. Februar, im **Zirkus „Medrano“**. (2154

* * *

b. **Inowroclaw**, 8. Februar. Der Landwirtschaftliche Verein Kujawien hielt heute im Hotel Bast seine Monatssitzung ab, die sehr zahlreich besucht war. Dr. Wagner aus Breslau hielt einen sehr interessanten Vortrag über Rübenbau, an den sich eine lebhafte Aussprache anschloß. Angeregt wurde schließlich noch, eine Viehverwertungsgenossenschaft für die Kreise Inowroclaw und Strelno zu gründen. In der nächsten Sitzung wird noch Stellung zu der Angelegenheit genommen werden.

* **Lissa** (Leszno), 9. Februar. Autounfall. Gestern ereignete sich in der Nähe von Posen ein Autounfall. Die Lissaer Taxe 7 mit den Insassen Frau Bürgermeister Sobkowiak und Frau Orzałkiewicz fuhr auf offener Chaussee gegen einen Baum und wurde schwer beschädigt. Der Chauffeur erlitt schwere Verletzungen, während die weiblichen Insassen mit dem bloßen Schrecken davonkamen. Der Unglücksfall ist auf Versagen der Steuer- oder Bremsvorrichtung zurückzuführen.

b. **Mogilno**, 8. Februar. Autoexplosion. Zu einer Hochzeitsfeier in Mierucin kamen auch Gäste mit einer Autodroschke. Während der Feier explodierte plötzlich das Auto und brannte vollständig aus. Die Ursache der Explosion ist noch nicht festgestellt.

* **Posen** (Poznań), 10. Februar. Banditenkampf. Am vergangenen Mittwoch gegen 6 Uhr abends kam in das Lebensmittelgeschäft der Frau Kowalska, Bukerstraße 9, ein unbekannter Mann und verlangte Geld. Als die Frau flüchtete, schoß der Bandit und verletzte die Frau an der Wange leicht, deren Tochter durch Schüsse in den Unterleib schwer. Darauf flüchtete der Bandit durch die Wittelsbacherstraße, fortwährend Schüsse abgebend. Die Jagd ging durch die Hohenzollernstraße und die Wettinerstraße, wo sich der Bandit im Hause Nr. 3 verbarrikadierte und dauernd aus seinem Revolver schoß. Inzwischen hatte sich eine große Menschenmenge vor dem Hause angesammelt, aber ein Aufgebot von berittenen Polizisten und Polizisten zu Fuß sperrte die Zugangsstraßen ab, um bei einer etwaigen weiteren Flucht des Banditen Menschenopfer zu verhüten. Der Bandit beschoß aus seinem Versteck nahezu zwei Stunden die Straße. Das dauerte etwa bis 7½ Uhr. Die Polizei wartete ab, bis die Munition des Banditen erschöpft war. Der Haushälter Wlekla, der das Verhalten des Banditen beobachtete, hörte plötzlich ein sonderbares Geräusch, das davon herrührte, daß der Bandit tödlich verletzt zu Boden fiel. Er hatte sich das Leben genommen. Wlekla benachrichtigte davon die Polizei. Neben dem Banditen fand man drei Revolver und noch 70 Kugeln vor, die auf dem Boden zerstreut lagen oder die Taschen des Banditen füllten. Ferner fand man eine schwarze Maske, ohne auf irgend welche Papiere zu stoßen. Die Identität werden voraussichtlich die weiteren polizeilichen Ermittelungen ergeben. Der Bandit wurde in hoffnungslosem Zustande nach einem Krankenhaus geschafft, wo er nach einer Stunde verstarb. Der Zustand der Tochter der Ladenbesitzerin ist trotz der sofort durchgeführten Operation sehr schwer. Frau Kowalska, die nach Anlegung von Verbänden das Krankenhaus wieder verlassen konnte, wird noch längere Zeit in ärztlicher Behandlung bleiben müssen. — Beschreibung des Räubers. Die Polizei gibt folgende Beschreibung des Banditen bekannt: Größe 1,72 Meter, Alter ungefähr 40 Jahre, dunkelblond, mit abgetragenem grauen Anzug, schwarzen Schuhen und grauer Sportmütze, an der rechten Hand fehlt das erste Glied und der kleine Finger, unterhalb des Ellbogens tätowiert. Auch der linke Arm ist unterhalb des Ellbogens tätowiert: eine nackte Tänzerin und eine Schiffssirene mit Dolch, auf der Brust ein Adler im Flug, unterhalb des Herzens ein Kreuz mit Anker.

Pudewitz (Pobiedziska), 8. Februar. Der heutige Pferdemarkt war sehr wenig beschickt und auch schlecht besucht. 5—7jährige Arbeitspferde wurden mit 5—700 zł bezahlt, ältere Arbeitspferde brachten 200—300 zł, schlecht ernährte, abgetriebene Pferde 100—150 zł.

Kleine Rundschau.

Erdbeben in Portugal.

Lissabon, 10. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Gestern wurde Portugal von einem Erdbeben heimgesucht, das von einem grausigen unterirdischen Getöse begleitet war. In einer Reihe von Ortschaften flüchtete die Bevölkerung panikartig aus den Häusern. Opfer an Menschen sind nicht zu beklagen.

Schneesturm über Norwegen.

Oslo, 10. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Der südliche Teil von Norwegen wurde von einem schweren Schneesturm heimgesucht, der großen Schaden in vielen Städten angerichtet hat. Besonders gelitten haben die Telegraphenverbindungen.

Wirtschaftliche Rundschau.

Die Anleihe für Posen noch nicht perfekt. Die Meldung über eine 5-Millionen-Dollar-Anleihe für Posen eilt insofern den Tatsachen voraus, als der Abschluß noch nicht perfekt ist, sondern erst Verhandlungen über den Abschluß unter den gemeldeten Bedingungen gepflogen werden. Stadtpräsident Ratajski reist in dieser Angelegenheit in der nächsten Woche nach England. Der Anleiheabschluß ist erst für März d. J. zu erwarten.

Über das Pfandleihgewerbe in Polen veröffentlicht „Dziennik Ustaw“ Nr. 8 eine auf das Gewerbegesetz vom 27. 6. 27 gestützte Verordnung des polnischen Ministerrates, die am 29. Januar in Kraft getreten ist. Nach § 1 muß der Unternehmer eines Lombardgewerbes eine Kaution bei der zuständigen Finanzkasse hinterlegen. Die Konzessionsurkunde verabfolgt die Gewerbebehörde erst nach Vorweisung der Quittung über die eingezahlte Kaution. Pfandleihunternehmungen, die rechtlich am Tage des Erscheinens der Verordnung schon bestehen, können nicht zur Hinterlegung oder Erhöhung der Kaution gezwungen werden. Nach § 2 beträgt die Kaution eines Lombardunternehmens (Hauptgeschäft oder Filiale) 10 Prozent des Anlagekapitals, mindestens aber in Warschau 25 000 Zł., in den Städten Krakau, Lemberg, Posen und Lodz 15 000, an allen anderen Orten 10 000 Zł. Die Kautionen müssen in bar oder in mündelsicheren Papieren hinterlegt werden. § 3 bestimmt: Zur Befriedigung solcher Gläubigeransprüche, die nicht aus dem Betrieb des Lombardgewerbes entstanden sind, kann die Kaution nur ohne Kürzung der Rechte, die in Art. 42, Abs. 2, der Gewerbeordnung bezeichnet sind (Forderungen aus Pfandleihverträgen), gepfändet oder auch der Exekution unterworfen werden. Solche Gläubigeransprüche können erst ein Jahr nach Erwerb des Pfandrechts, bzw. nach Erwirkung der Exekution aus der Kaution befriedigt werden, und zwar nur soweit, wie keine bei der Gewerbebehörde angemeldeten Forderungen, die aus der Führung des Lombardgewerbes resultieren, entgegenstehen. § 4 besagt, daß für den Fall, daß die Kaution sich verringert, der Unternehmer bei Vermeidung des Konzessionsverlustes die Kaution in einer von der Gewerbebehörde angegebenen Zeit bis zu der in § 2 angegebenen Höhe ergänzen muß. Nach § 5 wird die Kaution erst ein Jahr nach der Liquidation des Lombardgewerbes zurückerstattet, sofern in der Zwischenzeit niemand Forderungen, die mit der Führung des Pfandleihgewerbes zusammenhängen, angemeldet hat. Die vorstehenden Bestimmungen finden lt. § 6 keine Anwendung auf Pfandleihinstitute, die durch den Staat, Kommunalverbände, kommunale Sparkassen, sowie andere Personen öffentlichen Rechts organisiert sind, sofern diese Institutionen nicht auf Gewinn eingestellt sind. § 7 bestimmt, daß die bisherigen Vorschriften über Pfandleihverträge, über Pflichten und Rechte des Lombardunternehmers für den Fall, daß das Pfand nicht ausgelöst wird, sowie über die Art der Buchführung und Ausweise vorläufig bis zu einer Neuregelung in Kraft bleiben.

Hauptschriftleiter: Gotthold Starke; verantwortlicher Redakteur für den redaktionellen Teil: Johannes Kruse; für Anzeigen und Reklamen: Edmund Przygodzki; gedruckt und herausgegeben von A. Dittmann T. z o. p., sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich „Der Hausfreund“ Nr. 32.

Kirchenzettel.

* Bedeutet anschließende Abendmahlsfeier.
Fr.-T. = Freitaufen.
Sonntag, d. 12. Febr. 28. (Sexag.)

Bromberg. Paulkirche. Vorm. 10 Uhr: Sup. Aßmann. 11½ Uhr Kindergottesdienst. Nachm. 5 Uhr Versammlung des Jung-Mädchen-Vereins im Gemeindehause. Donnerstag, abds. 8 Uhr Bibelstunde im Gemeindehause, Pfarrer Hesekiel.

Evangl. Pfarrkirche. Vorm. 10 Uhr Pfarrer Hesekiel. ½12 Uhr Kdr.-Gottesdienst. — Dienstag, abds. 8 Uhr Blaukreuz-Versammlung im Konfirmandensaale.

Christuskirche. Vorm. 10 Uhr Pfr. Wurmbach*. ½12 Uhr Kdr.-Gottesdienst im Gemeindehause. Montag, abends 8 Uhr Kirchenchor im Gemeindehause. Mittwoch, abends 8 Uhr Jungmänner-Verein im Gemeindehause.

Luther-Kirche, Frankenstraße 87/88. Vorm. 10 Uhr Gottesdienst, Pfr. Laßahn. 11½ Uhr Kdr.-Gottesdienst. — Nachm. ½4 Uhr Monatsversammlung d. Frauenhilfe. Nchm. ½4 Uhr Jugendbundstde. Nachm. 5 Uhr Erbauungsstunde.

Ev.-luth. Kirche, Posenerstraße 13. Vorm. 10 Lesegottesdienst. Freitag, abds. 7 Uhr Bibelstunde.

Christl. Gemeinschaft, Marcinkowskiego (Fischerstraße) 8b. Nachm. 2 Uhr Kindergottesdienst. Nchm. 3½ Uhr Jugendbund. — Nachm. 5 Uhr Evangelisations-Versammlung. — Mittwoch, abends 8 Uhr Bibelstunde.

Ev. Gemeinsch., (früh. Libelta 8) Marcinkowskiego (Fischerstr.) 8b. Abends 8 Uhr: Gottesdienst. — Dienstag, abends 8 Uhr: Gesangstunde.

Baptisten-Gemeinde, Pomorska 26. Vorm. 9½ Uhr Gottesdienst, Pred. Wenske Łódź. 11 Uhr: Sonntagsschule. Nachm. 4 Uhr Gottesdienst, Pred. Wenske, anschließend Jugendverein. Donnerstag, abds. 7½ Uhr Bibel- und Gebetstunde.

Prinzenthal. Vorm 9½ Uhr Gottesdienst. — Donnerstag, abds. 8 Uhr Bibelstunde in Blummes Kinderheim.

Jägerhof. Vorm. 11 Uhr Gottesdienst, danach Kindergottesdienst.

Kl. Bartelsee. Vorm. 10 Uhr Gottesdienst durch Herrn Pastor Eichstädt aus Posen. Nachm. 4 Uhr: Versammlung der Frauenhilfe im Pfarrhause.

Schröttersdorf. Nchm. 4 Uhr Bibelstunde, Pastor Eichstädt aus Posen.

Wtelno. Vorm. 10 Uhr Gottesdienst.

Osielsk. Vorm. 10 Uhr Gottesdienst.

Weichselhorst. Vorm. 10 Uhr Kindergottesdienst. Nachm. **3** Uhr: Gottesdienst.

Barcin. Vorm. ½11 Uhr Gottesdienst. 12 Uhr Kdr.-Gottesdienst.

Geldmarkt

Suche
5000 zł
auf mein Grundstück v. 300 Morg. auf 9 Monat. Sicherheit und Zinsen nach Vereinbarung. Off. u. **J. 2332** an d. G. d. Z.

Suche
4-5000 zł
auf ein Hausgrundstück zur 1. Stelle. Off. unter **Nr. 505** an die Geschäftsstelle d. „Culmer Zeitg" in **Chełmno** erb. 2272

Suche 2–3000 zł f. m. flottgeh. Gesch. unt. gut. Garant. Off. unt. **U. 1116** a. d. Gesch. d. Ztg.

500 zł
gegen hohen Prozent. für ½ Jahr zu leihen gesucht. Gefl. Off. unt. **B. 1106** a. d. G. d. Z. erb.

Dame oder Herrn als **Teilhaber** mit 1000 zł Einlage für ein Geschäftsunternehmen gesucht. Off. unt. **T. 1109** a. d. Gst. d. Z.

Wohnungen

Von sofort oder später **1–2-Zimmer-Wohnung u. Küche** von ordentlichem Ehepaar gesucht. Miete kann auf 1 Jahr im voraus gezahlt werd. Renovierungs-Kosten werden erstattet. Gefl. Offert. unt. **B. 11568** an die Gesch. d. Ztg. erbet.

Junges Ehepaar sucht **Wohnung,** 1 Stube u. Küche. Off. u. **N. 1102** an d. Geschäftsst. d. Ztg.

Bahnhofstr. od. Nähe **ein Zimmer** leer oder möbl., part., I. Etage per sof. od. 1. 3. als Büro gesucht. Off. u. **R. 2374** a. d. G. d. Ztg.

Möbl. Zimmer

2 mbl. Zimm. mit Telef. für Büro zu vermiet. **Jagiellońska 53,** I r. 1118

Möbliertes Zimmer an berufstätige Dame von sof. od. spät. z. vm. **Sniadeckich 47,** II lks.

Gut mbl. Zimm. v. 15. 2. zu verm., evtl. mit Klavier **Ossolińskich 9,** II.

Möbl. sonnig. Vorderzimmer v. 15. 2. zu verm. **Sienkiewicza 7,** I r. 956

Möbl. Zimmer an solid., bess. Herrn v. gleich od. später mit od. ohne Pension zu verm. 1103 **Garbary 11,** pt., r.

Pensionen

Schüler finden bestempfohlene 2361
Pension
bei Frau M. Ziehm, Danzig, Hundegasse 84.

Wählerversammlung.

Auf Grund des § 1 des Gesetzes vom 5. August 1922 betr. Vorwahlversammlungen wird am

Dienstag, den 14. 2., nachmittags 4 Uhr in Kobylarnia
(Eichdorf), Kreis Schubin, im **Gasthaus Lange** eine 2990

Vorwahlversammlung

stattfinden, in der der Kandidat für den Sejm, Herr Studienrat **Heidelck,** sprechen wird. **Deutscher Hauptwahlausschuß.**

Wählerversammlungen.

Auf Grund des § 1 des Gesetzes vom 5. August 1922 betr. Vorwahlversammlungen werden folgende Wählerversammlungen stattfinden:

Mittwoch, den 15. Februar, vorm. 10³⁰ Uhr
Soldau, Hotel Masowia, Inh. Knüffel,
Redner: **Barczewski**—Soldau, **Duday**—Graudenz,

nachmittags 5 Uhr
Neumark, Kr. Löbau, Hotel Bona, Redner: Dieselben.

Donnerstag, d. 16. Februar, vorm. 10³⁰ Uhr
Narzym, Kreis Soldau, Gasthaus Krawolitzki,
Redner: Dieselben,

nachmittags 4³⁰ Uhr
Heinrichsdorf, Kreis Soldau, Gasthaus Kneiding,
Redner: Dieselben.

Freitag, den 17. Februar, vorm. 12³⁰ Uhr
Villisaß, Kreis Culm, Gasthaus Templin,
Redner: **Duday**—Graudenz, **Spitzer**—Zegartowitz.

Sonntag, den 19. Februar, vorm. 11³⁰ Uhr
Podwitz, Kreis Culm, Gasthaus Drawert,
Redner: Chefredakteur **Starke, Spitzer**—Zegartowitz.

mittags 2 Uhr
Culm, Restaurationsräume Deutsches Haus, Hallerstr. 1
Redner: Dieselben,

nachmittags 5³⁰ Uhr
Kiewo, Kreis Culm, Gasthaus Eisenberger,
Redner: Dieselben. 2335

gez. **Barczewski** gez. **Duday** gez. **Starke** gez. **Spitzer**